

zeck

172 // Januar / Februar 2013

das Fachblatt für gescheiterte Investorenträume

AM LIEBSTEN SIND MIR DIE, DIE HINTER DEM SCHNELLEN GELD HER SIND!

ICH.. K-KANN NIMMER

HOPP! HOPP!

€

FLORA BLEIBT UNVERTRÄGLICH!

Merry Crises and a happy new fear!

Wir hoffen das unsere wehrten Leser innen den Weinachtsterror gut überstanden haben und auch sonst mit allen Lieben ins neue Jahr gestartet sind. Beim Knast Holstenglacis wurde wieder solidarisch mit den Gefangenen ins Jahr gegangen und für etwas Trubel im Knastalltag gesorgt. Schön, dass einige das alte Motto „Mit Power durch die Mauer" sehr wörtlich genommen haben. Auch in Frankfurt wurde unsere Genossin Sonja mit einer Kundgebung solidarisch gegrüßt, viel Kraft für die kommenden Prozesstage von uns an dieser Stelle.



Wir sind aufgrund der dunklen Tage etwas später dran als sonst, aber wir hoffen dabei auf euer Verständnis.

Für die nächste Ausgabe schlagen wir eine breite Diskussion zum Thema Schanzenfest vor und sind gespannt auf eure Meinung.
Auf viele spannende Texte (nicht nur zum Fest), Erkenntnisse, Kommentare, Dokus und Spenden freuen wir uns bis zum zwanzigsten Februar.
Traut euch: wir sind ein autonomes „Zuschick"-Blättchen, das heißt ihr müsst nicht Germanistik und Soziologie studiert haben, um uns zu schreiben.

Der alte „ich bin gar kein Spekulant"-Kretschmar kommt mit seinen Geschäften offensichtlich reichlich ins Schleudern. Die Riverkasematten sind in der Zwangsversteigerung und auch um die anderen Projekte steht es eher schlecht. Aber auch bei einem eventuellen Aussteigen Kretschmars aus der Flora Geschichte: Wir bleiben unverträglich und werden auch kommenden Investoren ordentlich in die Suppe spuken.

Eure Zecken Redaktion

Inhalt **Seite**

Impressum

V.i.S.d.P.: K aus Kretschmer, Rothenbaumchaussee 30, 20 48 Hamburg

Kontakt: Zeck, c/o Rote ora, Schu terb att 7 , 20357 Hamburg

Schickt uns eure Beiträge, Artike auf CDs mit bei iegendem Ausdruck, am besten a s Textdatei. Sie können nicht zurückgegeben werden. Artike im Heft geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Redaktionssch uss: der 20. des Vormonats.
Abos: Zeck gibt es im örderabo für 0 Euro à drei Ausgaben. Ge d in einem Umsch ag an: Zeck c/o Schwarzmarkt, K einer Schäferkamp 46, 20357 Hamburg. Ä tere Ausgaben gibt es, soweit vorhanden, gegen eine grosszügige Spende (Briefmarken oder Ge d).

Eigentumsvorbeha t: Die Zeitschrift b eibt so ange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen ausgehändigt worden ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne dieses Vorbeha ts. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht oder nur tei weise ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Tei e - und nur diese - an den Absender mit ausführ icher Begründung der Nichtaushändigung zurückzuschicken (mögen die Zensurrichter bei der Durchsicht erb inden!). Eigendruck im Se bstver ag.

Kurzes

Einmal Elbe hoch und zurück
Den Naziaufmarsch in Magdeburg verhindern!

Die Hamburger Antifa beginnt das Jahr 2013 mit einer bundesweiten Mobilisierung nach Magdeburg.Dort wollen am 12.01. und 19.01 Neonazis den Opfern der Bombardierungder Stadt am 16. Januar 1945 gedenken.
Für den 12.01. planen die Nazis einen Großaufmarsch in Magdeburg. Aus Hamburg wird dazu aufgerufen, sich an der an diesem Tag stattfindenden Demonstration „365 Tage Offensiv" und Blockaden von Magdeburg-Nazifrei zu beteiligen. Den Kurzaufruf für die hamburger Mobilisierung, findet ihr unter Antifainfo.
Für den 12.01. wird es Busse aus Hamburg geben, welche euch zu den Gegenaktivitäten nach Magdeburg fahren. Die Busfahrkarten gibt es im Schanzenbuchladen oder im Infoladen Schwarzmarkt.

* * * * * * * * * * * * * *

Gesellschaftskritische Einführungsveranstaltungen

03.01. Wertkritik
07.02. Poststrukturalismus
07.03. Psychoanalyse
04.04. Postoperaismus
02.05. Kritische Theorie
18.05. Soliparty

Die Veranstaltungen finden jeweils Donnerstags um 19 Uhr in der Roten Flora statt.
Veranstalter: Kritikmaximierung, a² und FSK

* * * * * * * * * * * * * *

"Egal, wer regiert, die Polizei verliert!" - zu den Aktionen gegen den Bullen-Aufmarsch



Unter dem amüsanten Motto "Egal, wer regiert, die Polizei verliert!" führten ca.700-800 Bullen(angekündigt waren bis zu 5000!) in der Innenstadt einen von den Bullengewerkschaften angemeldeten Trauermarsch durch. Mit poppiger Musik beschallt schlurften die Bullen mit gähnender leere im Kopf und ausdruckslosen Gesichtern schweigend durch die Straßen.
In den gruseligen Redebeiträgen jammerten (Bullen-)Gewerkschaftler über die ach so unersetzliche Arbeit der Beamten zum Schutze der Gesellschaft und darüber, dass der Lohn dafür nicht einmal für den Kinoeintritt genügen würde.(!) Die da oben würden sich alles in die Taschen stecken und die armen Bulletten kriegen nichts zu fressen....
Dieses Schauspiel wollten einige jedoch nicht kommentarlos hinnehmen. Es wurden am Rand der Demo ca. 400-500 Flyer an Passanten_Innen verteilt, in denen die unschuldige weiße Weste des "Freund-und-Helfers" beschmutzt wurde. Die unterschiedlichen Texte thematisierten u.a. Bullengewalt, staatliche Gewalt und Rassismus, den legitimen Widerstand gegen Bullen, Staat, Ausbeutung und andere Unterdrükkungsstrukturen. Mit Ankündigungen wie "Informationen zum Bullen-Aufmarsch" oder "Schweine ins Weltall!" wurde die Demo aktiv und informierend begleitet.
Die Reaktionen auf das verteilte Infomaterial waren vielfältig und hatten meist das Unverständnis für das Pack sowie eine grundsätzliche Ablehnung der Uniformierten gleich. Lustig war auch, dass einige die Flyer zuerst nicht annehmen wollten, da sie dachten, diese wären von der Polizei:)
"Buuuh! Heult doch!" und andere Störrufe von Passanten_innen haben dieses Grusel-Event zu einem interessanten und amüsanten Nachmittag für fast alle gemacht.
Zum Ende wurde außerdem noch ein Transparent direkt an der Abschlußkundgebung angebracht, auf dem "Bei Bullen-Demos: nicht wegschauen sondern draufhauen!" zu lesen war.

Alles in allem hat diese Aktion gezeigt, dass es nicht viele Menschen braucht um effektiv zu stören. Ob im Alltag oder auf Demos: ALLE BULLEN SIND SCHWEINE!

* * * * * * * * * * * * * *

BAMBULE UNVERGESSEN!! - Mit der Sponti durchs Einkaufszentrum

Am Sonntag den 04.11.2012 war der 10. Jahrestag der Räumung der Wagenburg Bambule im Hamburger Karoviertel.

Dies nahmen sich ca. 100 bis 150 bauwagensolidarische Menschen zum Anlass, erst in kleinen Grüppchen, später aber geschlossen in einem sehr kraftvollen, lauten Demozug, unangemeldet durch die Hamburger Innenstadt zu skandieren ("Bambule!!" "...Antikapitalista" "gegen die Hetze gegen Gesetze, für mehr Bauwagenplätze!" uvm.), Redebeiträge zu halten und Flyer an Passanten zu verteilen. Besondere Gelegenheit bot hierzu der verkaufsoffene Sonntag, um die Konsumlogik zu durchbrechen, indem mensch sich den Raum zur wirklich freien Meinungsäusserung nahm.
Brisant hieran war zudem, dass die Hamburger Innenstadt seit Jahren als Tabuzone für jeglichen Protest gilt, der die Systemfrage stellt und sich gegen die herrschende Ordnung ausspricht. Solcher Protest wird hier zuverlässig mit härtesten Repressalien überzogen, bevor die Hamburger Innenstadt überhaupt betreten werden kann.

Höhepunkt dieser Aktion war das Demonstrieren durch die Einkaufszentren Europapassage und Karstadt, zwei Herzkammern dieser sonst so unzugänglichen Konsumwelt... Kurz hiernach stürmte eine offenbar völlig überraschte und überforderte Polizeieinheit die Mönkebergstraße, hierbei war es anscheinend allen TeilnehmerInnen möglich sich in der Menge "unschuldiger KonsumentInnen" zu zerstreuen und unterzutauchen.

Trotz der ausgebliebenen Massenproteste, angesichts der vor zehn Jahren am Bambule-Räumungskonflikt losgetretenen, enormen Protestwelle, u.A. gegen den damaligen

Schillsenat, kann dies als eindrucksvolle, gelungene Aktion gegen die immernoch vorherschenden konservativen und repressiven Politikmuster, gegen unsoziale Stadtplanung und gegen die allgemein vorherrschende, menschenverachtende Verwertungs- und Konsumlogik gewertet werden. Neben der legendär gewordenen, heroisierten und hochstilisierten Bambule, darf hierbei nicht in den Hintergrund geraten, dass diese Räumung nur eine von vielen war und die damalige Protestwelle thematisch weit hierüber hinaus ging; jedoch grade deswegen dürfen die damaligen Geschehnisse, was sich damals als möglich erwiesen hat, nicht in Vergessenheit geraten...

VIVA BAMBULE!



* * * * * * * * * * * * *

Solidarität mit Can Piella in Barcelona! - Solidaritätserklärung

Die Rote Flora in Hamburg solidarisiert sich mit „Can Piella", ein seit 3 Jahren besetztes Hausprojekt am Stadtrand von Barcelona.

Für Sonntag den 14.Oktober ist durch die spanischen Behörden die Räumung angekündigt worden. Wieder einmal wird versucht selbstverwaltete Projekten den Garaus zu machen. Wir sind wütend, aber auch nicht überrascht darüber, dass ein Projekt, welches in der bestehenden Zeit autonomes leben durch selbstverwaltete Projekte ermöglicht nun neoliberalen und privaten Interessen weichen soll.
Angesichts der aktuellen Spanischen Sparpolitik, wo die Arbeitslosenquote junger Menschen seit Jahren bei über 50 Prozent liegt, wird diese Begründung 'Privateigentum' für die bevorstehende Räumung zur Realsatire. In all den Jahren hat Can Piella es geschafft eine Lücke zu füllen, die die spanische Sozialpolitik nicht zu füllen vermag und auch nicht beabsichtigt zu tun.. Des Weiteren ist Can Piella ein Ort, an dem politische, soziale, ökologische und wirtschaftliche Alternativen zu den bestehenden gesellschaftlichen Verhältnissen entworfen und praktiziert worden sind.
Viva Can Piella, wir schicken euch Kraft und Solidarität von Hamburg nach Barcelona!

Plenum der Roten Flora 10.10.12

* * * * * * * * * * * * *

FotoArchivKollektiv sucht neue Leute!

Das FotoArchivKollektiv gibt es im Jahre 2013 bereits 22 Jahre. Es hat sich 1991 gegründet, um Kämpfe und Bewegungen zu dokumentieren und zu kommentieren. In diesem Sinne hat das FotoArchivKollektiv in seiner Geschichte zu vielen Illustrationen, Veröffentlichungen und zur Gestaltung von Flyern, Plakaten und Ausstellungen beigetragen.
Wurde das FotoArchivKollektiv lange Zeit von Einzelpersonen der Szene, bzw. von verschiedensten Gruppen der sozialen Bewegungen aus diesen Gründen genutzt, ist es mehr und mehr in Vergessenheit geraten und wird auf Grund der Digitalisierung von Fotografie und Verarbeitung nicht mehr in dem Ausmaß benötigt wie früher.
Doch wie die Digitalisierung unterliegt die Szene teilweise einem rasanten Wandel, einer Veränderbarkeit und einer gewissen Schnelllebigkeit. Um auf die eigene widerständige Geschichte zurückgreifen zu können und auf lange Sicht dem kollektiven Gedächtnis zur Verfügung zu stellen, fotografiert und archiviert das FotoArchivKollektiv weiterhin.
Durch aktives Eingreifen von Kameras bei Übergriffen jeglicher Art während Demonstrationen und Aktionen besteht nicht nur die Möglichkeit die eigene Geschichte entgegen der Darstellungen in den Mainstreammedien festzuhalten, sondern auch Ordnungshüter_Innen zu belasten.
Mit aktuellen Bilderserien auf der eigenen Internetseite betreibt das FotoArchivKollektiv regelmäßig eine eigene Darstellung. Das Verpixeln von Gesichtern ist dabei selbstverständlich.
Der Bestand des FotoArchivKollektivs reicht bis 1985 zurück. Fotografiert wird mittlerweile viel digital.
Entsprechend wird der riesen Bestand an anlogen Bildern nach und nach digitalisiert.
Zur Verfügung gestellt werden die Bilder nur zu unkommerziellen Zwecken der politischen Arbeit.
Zur Unterstützung und Arbeit mit dem Material sind neue (Foto)aktivist_Innen willkommen.
Das FotoArchivKollektiv arbeitet eng mit dem Archiv der sozialen Bewegungen in gemeinsamen Räumlichkeiten zusammen. Beide Archive verstehen sich selbst als Teil der sozialen Bewegungen. Deshalb befinden sie sich nicht ohne Grund in der roten Flora auf dem Achidi-John-Platz 1.
Zu finden sind die Archive im ersten Stock rechts hinter der ersten Tür in der Halle. Die Klingel ist oben links neben der Seiteneingangstür der roten Flora.

FotoArchivKollektiv & Archiv der sozialen Bewegungen in der roten Flora bleibt !
Die Öffnungszeiten sind Montags:
(Und nach Vereinbarung)
FotoArchivKollektiv: 19h - 210h
Archiv der sozialen Bewegungen: 16 - 20h

Telefon: 040 / 433 007
Fax: 040 / 432 547 54
Mail: asb@nadir.org
Internetseite: asb.nadir.org

* * * * * * * * * * * * *

Das Psychische ist politisch und das Politische ist psychisch!

Traumatisierung, Burnout, Depressionen, Ängste, Einsamkeit, Stress und vieles mehr – all das hat auch gesellschaftliche Ursachen: Macht und Gewalt, Repression, Leistungszwang, Ausbeutung, (Angst vor) Armut, künstliche Knappheit, Ausgrenzung, Diskriminierung, Kriminalisierung, Konkurrenz und das Gefühl von Ohnmacht sind alltäglich. Dazu kommt ein an Gewinn orientiertes Gesundheits- und Pharmaziesystem, zu dem noch nicht einmal alle Zugang haben. Und genau so, wie ausgegrenztenen und armen Menschen die an ihnen begangene Ungerechtigkeit auch noch selbst zum Vorwurf gemacht wird, betrifft das auch psychisch Leidende und Menschen, die „nicht normal" oder „verrückt" reagieren.

Doch was gilt als Norm, was als krankhaft? Und wer darf das festlegen? Muss dazwischen überhaupt unterschieden werden? Ist es z.B. „verrückt", Stimmen zu hören? Bin ich selbst Schuld, wenn ich mit dieser Welt nicht klar komme? Wer hat was davon, die Symptome gesellschaftlicher Probleme auf die angebliche Unzulänglichkeit oder Krankhaftigkeit einzelner Betroffener zurückzuführen? Leide ich wirklich nur an einem chemischen Ungleichgewicht im Gehirn oder an der gesellschaftlichen Gesamtscheiße? Oder beides ein bisschen? Sind Pillen, Stigmatisierung und Klapse, oder Revolution, gelebte Solidarität und Schutzräume die Antworten?
Unsere Gefühle und inneren Welten sollten uns Kraft geben für den Kampf um eine bessere Welt. Lasst uns unsere Liebe zu uns selbst, zu einander und zum freien Leben nutzen! Ebenso die Wut auf Ungerechtigkeiten, Ausbeutung und Unterdrückung! Aber wie kann unsere emanzipatorische Politik auch in uns und unseren Beziehungen Alltag werden? Wie kann ich verinner-

lichte Diskriminierungs-Muster verändern, mich gegen Unterdrückung wehren und mit Privilegien umgehen? Wie kann ich mit meinen „privaten" Problemen umgehen, wie hat das Platz in meiner politischen Arbeit? Wohin mit meiner Wut? Oder wie schaffe ich es überhaupt, mich politisch zu engagieren, trotz Stress, prekärem Leben, Ängsten, Unsicherheiten, Vereinzelung? Warum werde ich selbst in angeblich diskriminierungsfreien Räumen ausgegrenzt und benachteiligt? Muss ich meine persönlichen Probleme „für die Sache" zurück-stellen?
Gibt es auch noch andere, denen es ähnlich geht? Wie kann ich meinen Freund_innen hel¬fen, wenn ich merke, dass es ihnen nicht gut geht? Wie kann ich solidarische Zusammenhänge finden, aufbauen, ausbauen? Wie kann ich, können wir, unsere Utopien schon jetzt anfangen zu leben? Sind wir, unsere Gruppen und Szenen, selbst Schuld, wenn wir mit dieser Welt nicht klar kommen?
Für diese und viele andere Fragen und Themen und für die Probleme der Einzelnen soll in dieser Selbsthilfegruppe von und für politisch denkende, fühlende, interessierte Menschen Platz sein.
Kein Platz ist für diskriminierendes Verhalten jeglicher Art, damit der Raum für alle Menschen möglichst sicher ist, insbesondere – aber nicht nur – für Frauen, Schwarze Menschen und PoC, QUILTBAG**, Menschen mit Behinderung, junge und alte Menschen und Menschen, die sich sonst trotz Interesse oft nicht in politisch-emanzipatorische Räume trauen und/oder dort ausgegrenzt werden.

Termine: Immer am 2. und 4. Sonntag im Monat von 19:00 bis 20:30 Uhr
im Infoladen Schwarzmarkt,
Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg

Die nächsten Termine sind der 13.1., 27.1., 10.2., 24.2. und so weiter.
Radikale Selbsthilfegruppe

**Queere, questioning, intersexuelle, lesbische, trans-, bi, asexuelle und agender und gay (schwule) Menschen. Natürlich sollen auch sonst keine Menschen aufgrund ihrer Geschlechts(nicht-)identität oder sexuellen (Nicht-)Orientierung diskriminiert werden.*

Antirepression

Strafbefehle gegen die Besetzer*innen des ehemaligen Finanzamtes in Altona!

Am 23. April 2011 hatten 200 Menschen das ehemalige Finanzamt in Altona besetzt und das Autonome Zentrum Altona (AZ Altona) ausgerufen. Die Aktion richtete sich gegen Leerstand und den Mangel an selbstverwalteten Räumen in Hamburg. Die Polizei räumte das Gebäude nach sieben Stunden und leitete Strafverfahren gegen 40 Besetzer*innen ein. Seit einigen Wochen verschickt die Staatsanwaltschaft nun Strafbefehle, in denen insgesamt über 20 000Euro gefordert werden!
In den Monaten nach der Besetzung wurde das Gebäude, das zuvor jahrelang leergestanden hatte, überraschenderweise wieder für eine gewerbliche und künstlerische Nutzung freigegeben. Wir werten dies als ersten Erfolg und begrüßen, dass die neuen Mieter*innen im ehemaligen Finanzamt Räumlichkeiten gefunden haben. Auch wenn dort kein selbstverwaltetes, unkommerzielles Zentrum entstanden ist, so wird das Gebäude nun immerhin genutzt. Jedoch ist es absurd, dass diejenigen, die diesen Missstand überhaupt erst öffentlich thematisiert haben, nun mit staatlicher Repression überzogen werden!

Der Hintergrund der Aktion

Hintergrund der Aktion waren der weit verbreitete Leerstand in Hamburg und die zunehmende Verdrängung von sozial benachteiligten Menschen aus ihren Wohnungen und Stadtteilen. In der Pressemittelung zur Aktion am 23.04.2011wurde erklärt: „Das Gebäude, das seit 5 Jahren leer steht, dient der Stadt als Spekulationsobjekt in einem Stadtteil, der massiv von Aufwertungs- und Umstrukturierungsmaßnahmen betroffen ist. Die Stadt scheint unter anderem auf den Bau des neuen IKEA und der damit einhergehenden Wertsteigerung von Immobilien in der Neuen Großen Bergstraße zu warten."
Eine sinnvolle Nutzung von städtischer Seite war lange Zeit nicht in Sicht. Dass die Entwicklung Altonas keine Ausnahme darstellt und für viele Menschen den faktischen Rauswurf bedeutet, ist seit Jahren bekannt und Thema verschiedener lokaler Initiativen. Dieser Prozess ist letztlich nichts Neues und beschränkt sich nicht nur auf Hamburg oder Deutschland. Eine globale kapitalistische Verwertungslogik bedeutet, dass Räume kommerzialisiert werden und sich auch die lokale Politik an Profitinteressen und nicht an den Vorstellungen und Bedürfnissen der Menschen orientiert. Die Besetzung des ehemaligen Finanzamtes in Altona setzte genau an diesem Punkt an und sollte einen unkommerziellen Raum schaffen, der von den Anwohner*innen selbst gefüllt und gestaltet werden kann.
Die Aktion erhielt Zustimmung von vielen Seiten, sogar das Hamburger Abendblatt (Ausgabe vom 26.04.2011) schrieb: „Damit traf es ausgerechnet ein Gebäude, das seit Jahren leer steht und von der Sprinkenhof AG verwaltet wird – einer Aktiengesellschaft in städtischer Hand, die sich um „die Bewirtschaftung aller staatseigenen bebauten und überwiegend gewerblich genutzten Mietobjekte" kümmert, wie es auf der Internetseite des Unternehmens heißt."

Aktuelle Situation

Wir gehen davon aus, dass die Strafbefehle verzögert wurden (um anderthalb Jahre!), weil es der Stadt unbequem ist, dass die Angelegenheit große Öffentlichkeit erfährt. Im Zusammenhang mit wachsendem Widerstand gegen Gentrifizierung und einer verfehlten Stadtentwicklungspolitik sehen wir die kommenden Prozesse als Gelegenheit, den bestehenden Leerstand in Hamburg weiter zu politisieren und die städtische Politik zu skandalisieren.
Wir werden Widerspruch einlegen und die Gerichtsverfahren politisch und gemeinsam führen. Autonome Zentren und Hausprojekte bekommen wir nicht geschenkt und eine soziale Stadt ebenso wenig. Der Erhalt der Hafenstraße während der Barrikadentage 1987, die seit mittlerweile 23 Jahren besetze Rote Flora oder das vor drei Jahren belebte Gängeviertel sind positive Beispiele für diese Praxis. Wir begrüßen daher auch die Besetzungs-Aktionen, die in letzter Zeit wieder zunehmen. Für mehr unkontrollierte Bewegung! Recht auf Stadt für alle!

(Dezember 2012)
Kontakt: az-altona-prozess@riseup.net

Um die Prozesskosten und weitere Aktionen tragen zu können benötigen wir deine/eure Hilfe! Startet Aktionen oder spendet an:
Rote Hilfe e.V.
Konto Nr.: 0084610203
Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20
Verwendungszweck: az-altona

* * * * * * * * * * * * * *

Redebeitrag

Gruß an unsere Freund*innen und Genoss*innen, die heute nicht unter uns sein können – auf der Abschlußkundgebung der Demonstration „Mietenwahnsinn stoppen" und im Rahmen der Veranstaltung „2S Jahre Barrikadentage" am 10. Nov. 2012 vor den ehemals besetzten Häusern in der Hafenstraße.

Wir wollen an dieser Stelle auch unsere Freund*innen und Genoss*innen grüßen, die heute nicht unter uns sein können.
Das sind u.a. Burkhard Garweg, Daniela Klette und Volker Staub.
Burkhard hat hier in der Hafenstraße gewohnt, Daniela und Volker waren oft – auch über längere Zeit – hier und sie waren an vielen Diskussionen und Aktionen beteiligt. Seit den 1990er haben wir sie nicht mehr gesehen. Ihnen wird von der Bundesanwaltschaft die sog. „Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung RAF" nach § 129a vorgeworfen.
Sie sollen u.a. an der Sprengung des Knast-Neubaus Weiterstadt 1993 beteiligt gewesen sein. Der Knast – eine Neuentwicklung zur totalen Überwachung – wurde durch diese Sprengung fast komplett zerstört ohne dass dabei Menschen verletzt wurden. Nach ihnen wird auch heute noch öffentlich gefahndet.
Burkhard, Daniela und Volker, wir wünschen euch viel Kraft und Lebensfreude, wir haben euch nicht vergessen!



Weiter wollen von hier aus auch Sonja Suder und Christian Gauger grüßen.
Am 21. September dieses Jahres begann der Prozess gegen die beiden in Frankfurt. Sie sind angeklagt als Mitglieder der Revolutionären Zellen / der Roten Zora (RZ) in den 1970er Jahren an drei Brand- bzw. Sprengstoffanschlägen teilgenommen zu haben.
Ein Anschlag (22. August 1977) richtete sich gegen MAN, gegen deren Beihilfe zur Herstellung südafrikanischer Atombomben.
Ein zweiter (August 1977) richtete sich gegen die KSB, als weltweiter Zulieferer von Komponenten für den Bau von AKW.
Sonja wird außerdem vorgeworfen, sie habe den Überfall auf die OPEC-Konferenz in Wien (Januar 197S) logistisch unterstützt.
Im Juli 2000, 22 Jahre nach ihrem Verschwinden wurden Sonja und Christian in Paris festgenommen. In einem Auslieferungsverfahren stellte ein französisches Gericht jedoch fest, dass die ihnen vorgeworfenen Taten verjährt sind. So konnten sie ganz legal in Frankreich leben. Die deutschen Behörden beantragten 2007 einen neuen, „europäischen" Haftbefehl und so wurden sie 2011 nach Deutschland ausgeliefert.
Sonja sitzt seit September 2011 in U-Haft im Preungesheimer Knast, Christian ist wegen einer schweren Erkrankung von der Haft verschont. Auf das Angebot der deutschen Staatsanwaltschaft vor zehn Jahren zu Haftverschonung und Bewährungsstrafe gegen ein Geständnis und freiwilliger Rükkkehr nach Deutschland haben sie sich nicht eingelassen. Kein Deal und keine Aussagen, das gilt für Sonja und Christian bis heute.
In dieser Haltung sind sie im laufenden Prozess auf unsere Unterstützung angewiesen sorgen wir dafür, dass sie sich nicht ausgeliefert fühlen Sonja und Christian, auch euch viel Kraft und Lebensfreude!
Wenn die Bundesanwaltschaft auch nach fast 40 Jahren Christian und Sonja verfolgt, so meint das sicher nicht hauptsächlich Rache, sondern es soll ein Signal ausgesendet werden, – „wir kriegen euch alle und wenn es ein Leben dauert!" – um von radikalen politischen Denken und Handeln, von militanter Aktion abzuschrecken.
Aber solange über diese menschenfeindlichen, kapitalistischen Verhältnisse die Menschen weltweit unterdrückt und ausbeutet werden, wird ihnen das nicht gelingen.

In diesem Sinne: Tief durchatmen und den Panzer der Normalität sprengen! Vorwärts und nicht vergessen die Solidarität!

* * * * * * * * * * * * *

Freiheit für die Gefangenen in Weißrussland

Fünf Anarchist*innen; Ihar Alinevich, Mikalai Dziadok, Artsiom Prakapenka, Aliaksandr Frantskievich und ein weiterer Aktivist, Jauhen Vas'kovich, wurden zwischen Herbst 2010 und Winter 2011 verhaftet. Ihnen wird eine Vielzahl von Aktionen vorgeworfen, unter anderem die Beteiligung an einer illegalen, antimilitaristischen Demonstration, direkte Aktionen gegen kapitalistische Symbole, ein Angriff auf die Zentrale des weissrussischen Geheimdienstes KGB, sowie das Hacken von Regierungswebsiten.
Die Aktivist*innen erhielten Freiheitsstrafen zwischen 3 und 8 Jahren. Dabei sind sie nicht die einzigen, die von massiver Repression betroffen sind. Seit seiner Machtübernahme 1994 schlagen Sicherheitskräfte des „letzten Diktator Europas", Alexander Lukaschenko jeden regimekritischen Protest brutal nieder.
Nach dem erneuten „Wahlsieg" Lukaschenkos im September 2012 sieht es nicht nach einer baldigen Freilassung der 5 Genoss*innen aus. Umso notwendiger ist es daher ihnen, der Diktatur Lukaschenko und dem Rest der Welt zu zeigen, dass niemand, der wegen des Kampfes gegen Unterdrükkung und Ausbeutung verprügelt, verhaftet oder eingesperrt wird alleine bleibt.
Wut und Solidarität kann sich auf viele Arten ausdrücken, eurer Fantasie sind nahezu keine Grenzen gesetzt.
Besonders freuen sich die Genoss*innen über Briefe.
Denn „das Schreiben von Briefen ist eine Waffe...
... gegen Vereinzelung, Vereinsamung, Stagnation, Resignation und Isolation.
... gegen die auf Zerstörung angelegte Natur des Knastsytems.
... gegen die Kontrolle des Lebens durch das Knastregime."
(ABC Berlin)

Da Briefe, die nicht auf (weiss-)russisch verfasst und / oder aus dem Ausland verschickt wurden, häufig die Genoss*innen nicht er-

reichen, könnt ihr diese auch über die Homepage von ABC Belarus verschicken, wo sie übersetzt werden und auch dafür gesorgt wird, dass sie die Genoss*innen erreichen.

Aktuelle Infos und Hintergründe:
abc-belarus.org, fda-ifa.org, i-f-a.org, abc-berlin.net



* * * * * * * * * * * * *

Ein kurzer Bericht zu den Anti-Knast-Aktionen in Hamburg 2012

HH: Silvester zu den Knästen

In diesem Jahr sollten die Anti-Knast-Silvester-Aktionen schon am 29.12. beginnen. Leider wurde eine Kundgebung in den Wallanlagen aber von einem zu großen Bullenaufgebot verhindert. Da Dickköpfigkeit aber durchaus eine Stärke sein kann, trafen sich am nächsten Tag wieder ca. 30 Menschen um die Gefangenen auf der Rückseite des Untersuchungs-und Abschiebeknastes Holstenglacis zu grüßen. Ein Grußwort speziell an den Frauentrakt wurde verlesen und Feuerwerk gezündet. Die Gefangenen reagierten mit Rufen und Schlägen gegen die Gitter.

Am 31.12. zogen dann gegen halb zwölf um die 120 Menschen, zum Teil in einer kurzen Demo, vor den Knast Holstenglacis. Mit ordentlich Feuerwerk und Bengalos, Transparenten gegen Knäste und mobilem Soundsystems ausgestattet, wurde zusammen mit Angehörigen und den Gefangenen ins neue Jahr gegangen. Die Gefangenen reagierten mit Rufen und Parolen. Außerdem wurden mehrfach brennendes Papier aus den Zellenfenstern geworfen. Neben vielen mehrsprachigen Grußworten, Parolen und Musik ließen es sich einige nicht nehmen, das Tor des ersten Zauns mit Hilfe eines von der JVA ausgeborgten Anhängers einzurammen. Gegen halb eins wurde die Kundgebung beendet. Kurz danach rückten einige Wannen an und die Menschen zerstreuten sich. Auf dem Nachhauseweg gab es noch einige Grüße in Form von Würfen auf einen Wachturm.
Feuer den Knästen! Für ein kämpferisches 2013!

* * * * * * * * * * * * *

Ein Plakat, das in Hamburg und vielen anderen Städten aufgetaucht ist:

Silvester zu den Knästen!

Überall vor Abschiebezentren und Strafanstalten!

Lautstarke Demos vor Knästen sind eine anhaltende Tradition in einigen Orten dieser Welt, um während des Jahreswechsels an diejenigen zu erinnern, die vom Staat gefangen gehalten werden. Ein Weg, um Solidarität auszudrücken mit Menschen, die inhaftiert sind.
Ob vor den Strafanstalten oder den Abschiebeknästen, wo Menschen in Abschiebehaft gehalten werden, da sie die falschen oder gar keine Papiere besitzen, wollen wir zusammenkommen, um die Einsamkeit und Isolation zu durchbrechen.
Dieses Knastsystem ist nicht reformierbar, denn es ist von Grund auf falsch, hier und überall. Es macht keinen besseren Menschen, es trägt nicht zur Lösung sozialer Konflikte bei. Das herrschende, auf Konkurrenzdenken und Ungerechtigkeit basierende Nebeneinander sperrt Menschen weg, oder schiebt sie ab, um auf der einen Seite alles Problematische von sich zu stoßen und auf der anderen Seite diejenigen, die verzweifelt nach der Freiheit suchen, abzuschrecken und Exempel zu statuieren.

Ob Menschen eingesperrt sind, weil sie vielleicht geklaut oder Eigentum zerstört haben, ohne Ticket gefahren sind oder im Knast sitzen, weil sie aus Perspektivlosigkeit oder Angst verfolgt zu werden aus ihrem Herkunftsland geflüchtet sind – dies alles beruht auf ein- und derselben Tatsache: das Bestehen von herrschenden Normen, die festlegen, was falsch und was richtig ist, was geschützt und was bestraft werden muss. Gesetze und Regeln, die von einigen wenigen beschlossen werden, denen sich andere wiederum unterwerfen müssen. Diese Logik der Bestrafung und des daraus resultierenden Einsperrens gilt es zu durchbrechen. Dabei ist die Abschaffung aller Zwangsanstalten für uns nur innerhalb eines Prozesses möglich, welcher die gesamten aktuellen Zustände umwirft, um eine Welt ohne Ausbeutung und Unterdrückung zu ermöglichen.
Egal, wo ihr euch aufhaltet, trefft euch Silvester vor den Knästen, seid laut und verleiht der Idee von einer Welt ohne Herrschaft und Zwang auf der Straße euren Ausdruck. Wir wollen unsere Solidarität und unsere gegenseitige Hilfe nutzen, um all diese Mauern Stein für Stein einzureißen.
Wir wollen eine Welt ohne Mauern und Grenzen. Wir werden zusammen kämpfen:

BIS ALLE FREI SIND!

anarchistische und autonome Individuen und Gruppen

* * * * * * * * * * * * *

Silvester zum Knast

Grenzen und Mauern einreißen, für eine solidarische Gesellschaft!

Stellungnahme des Plenums der Roten Flora zur Israel-Veranstaltung „Was ist hinter der Mauer“ vom 16.07.2012

Am 16.07.12 fand in der Flora eine Informations- und Diskussionsveranstaltung mit einer israelischen Aktivistin mit dem Titel „Behind the Wall /Was ist hinter der Mauer“ statt.
Anhand von Zahlen, Fakten und Augenzeugenberichten wollte die Referentin aus Israel über die Situation der Palästineser_iknen in Israel und im Westjordanland informieren. Sie ging auch kurz auf die aktuellen Sozialproteste und die Situation von afrikanischen Flüchtlingen in Israel ein. In dem Zusammenhang berichtete sie auch über Demonstrationen, die sie als rechts bzw. „faschistisch“ bezeichnete.

Im Nachhinein wurde die Veranstaltung sowohl von außerhalb als auch innerhalb der Flora massiv kritisiert. Die Kritik richtet sich sowohl gegen die inhaltliche Ausrichtung als auch an die organisatorische Durchführung. Wir sind nicht glücklich mit der Art und Weise des Zustandekommens der Veranstaltung und einige finden Teile des Verlaufs dieses Abends inakzeptabel. Wir halten es daher wichtig, als Plenum der Roten Flora dazu Stellung zu beziehen.

Idee und Wunsch zu der Veranstaltungen kam von der Referentin selbst und wurde im Vorfeld auf dem Plenum angekündigt. Zu allererst gab keine Personen, die sich für Moderation und Organisation einer solchen Veranstaltung bereit erklärten. Aus diesem Grund wurde die Organisierung der Veranstaltung vom Plenum ausgelagert und Einzelpersonen überlassen. Dazu muss selbstkritisch angemerkt werden, dass das Plenum zwar die Brisanz des Themas erkannte, aber nicht in der Lage war, einen Rahmen wie z.B. eine angemessene Moderation sicherzustellen.

Vor allem muss uns die Kritik selbst treffen, da trotz der geäußerten Bedenken die Veranstaltung so in dieser Form stattgefunden hat. Denn diesen Zweifeln lag die Befürchtung zugrunde, dass im Rahmen der Veranstaltung antiisraelische Positionen Raum bekommen, indem nicht die Regierungspolitik Israels Thema wird, sondern die Existenz des Staates Israel infrage gestellt wird. Gerade in den Hamburger Auseinandersetzung um die Blockade des Lanzmann-Films „Warum Israel?“ hat sich gezeigt, dass solche antizionistischen Argumentationsmuster immer noch Verwendung finden. Der Versuch, deshalb die Veranstaltung durch Moderator_innen zu begleiten, die sich dieser Problematik bewusst sind, wurde nicht mehr weiterverfolgt, nachdem die Organisator_innen mitteilten, es gäbe nun eine Moderation. Hier liegt rückblickend eine Ursache des katastrophalen Ablaufs des Abends begründet.

Unsere inhaltliche Kritik, die wir noch im folgenden ausführen, richtet sich in erster Linie nicht an die Referentin, deren Position die einer Kritikerin ihres eigenen Staates Israels ist. Es hätte aber in der Verantwortung der Organisator_innen der Veranstaltung gelegen, sich über Ausrichtung der Veranstaltung zu informieren. Das hätte bedeutet, dass sich die Organisator_innen über die Wirkung einer solchen Veranstaltung innerhalb des spezifisch deutschen Kontextes hätten Gedanken machen müssen. Das war aber im tatsächlichen Verlauf der Veranstaltung nicht erkennbar.

Ziel und Ausrichtung dieser Veranstaltung war es nämlich nicht, einen Versuch zu unternehmen, die komplexe Situation in Israel und den palästinensischen Autonomiegebieten einzuordnen und wo nötig auch die israelische Politik neben einer Auseinandersetzung mit den weiteren Gruppierungen und Akteur_innen zu kritisieren. Stattdessen bewahrheitete sich die Befürchtung, dass ein faktisches Ergebnis der Veranstaltung die Delegitimierung Israels war.

Wir wollen einer linken israelischen Aktivistin nicht vorwerfen, dass ihre politischen Analysen und ihre Schlussfolgerungen daraus nicht denen entsprechen, die wir vertreten. Einen politischen Gewinn in der inhaltlichen Ausrichtung der Veranstaltung seitens der Referentin, die eher der Dramaturgie einer anti-israelischen Propagandaveranstaltung folgte, sehen wir aber nicht. Im Ergebnis wurde mindestens aus Fahrlässigkeit ein linker israelischer Sprechort als Alibi und vermeintlich objektive Bestätigung deutscher antiisraelischer Position zur Instrumentalisierung angeboten. So dienten weder die von der Referentin angeführten Zahlen, Augenzeugenberichte und Bilder einer Einordnung ihres Berichts in einen Gesamtkontext, noch ging sie in irgendeiner Weise auf die Bedrohung Israels durch seine Nachbarstaaten und auf dem Gebiet Israels operierenden antisemitischen Terrororganisationen ein. Alle sicherheitspolitischen Maßnahmen Israels verkamen so zu einem Selbstzweck, um die palästinensische Bevölkerung zu unterdrücken. Auf die Frage, ob es für die Referentin als bekennende Anarchistin nicht ein Problem darstelle, mit Lokalräten zusammenzuarbeiten, in denen auch die Hamas vertreten ist, die ja nun nicht gerade für selbstorganisierte und aufgeschlossene Strukturen steht war die Antwort der Referentin, dass dies für sie kein Problem darstelle, denn sie habe Freunde bei der Hamas. Überhaupt war ihre Aussagen zur Hamas fragwürdig: sie halte die Hamas durchaus für faschistisch, aber keinesfalls für antisemitisch, was sie u.a. damit begründete, dass die Hamas mit (orthodox-fundamentalistischen) Rabbinern zusammenarbeite. Angesichts der nach wie gültigen explizit antisemitischen Charta der Hamas aus dem Jahre 1988 und der Tatsache, dass seit der „Al-Aqsa-Intifada“ Hamas-Aktivisten insgesamt 425 Anschläge verübten, bei denen 377 Israelis getötet und über 2000 verletzt wurden, eine abenteuerliche Haltung. Die Hamas jedenfalls als potentiellen Bündnispartner darzustellen und nicht als das zu kritisieren, was sie ist - nämlich eine fundamentalistische, islamistische, nationalistische und antisemitische Organisation - ist absolut nicht hinnehmbar.

Zu diesen Ausagen der Referentin haben sich weder die Moderation noch die Organisator_innen verhalten.
Aus unserer Sicht ist aufgrund des Ablaufs und der völlig unkommentierten inhaltlichen Ausrichtung der Veranstaltung der größte Fehler, dass sie in der Form überhaupt in der Flora stattfinden konnte. Eine Kritik an Israel, die den Antisemitismus und die reale Bedrohung Israels nicht berücksichtigt, hat gerade in dem Land der Täter_innen und der Verantwortlichen für Auschwitz nichts zu suchen und hat die Funktion einer generationenübergreifenden Schuldabwehr für die begangenen Taten. Dies gilt umso mehr, als dass antizionistische Positionen in der deutschen Linken in diesem Kontext historisch längst als eine Form eines spezifischen linken Antisemitismus hinlänglich analysiert und erkannt sind. Eine Veranstaltung, die so eh existierende antiisraelische Stimmung anheizt, darf gerade in Deutschland und vor allem nicht in einem linken Zentrum stattfinden. Unabhängig davon, was die eigentliche Intention der israelischen Aktivistin gewesen sein

mag, bediente ihr Vortrag die Reproduktion antiisraelischer bzw. antisemitischer Ressentiments von Teilen des Publikums. So war es auch nicht verwunderlich, dass sich im Publikum verschiedene Einzelpersonen und Mitglieder verschiedener Gruppen befanden, von denen sich die Flora bereits in der Vergangenheit mehrfach distanziert hat. Abgesehen von der inhaltlichen Ausrichtung des Vortrags geht die Kritik an die Moderation und Organisation des Abends.

Dass die Moderation weder einen Redebeitrag aus dem Publikum, in dem der Holocaust geleugnet wurde, noch die oben zitierte Aussage der Referentin bezüglich der Hamas kritisierte, bezeugt, dass sich die Organisator_innen im Vorfeld zu wenig mit dem Thema Antisemitismus auseinandergesetzt haben, mindestens aber nicht inhaltlich darauf vorbereitet waren, sich dazu zu verhalten. Auch die Tatsache, dass einer möglichen Diskussion von Anfang an keinen Raum gegeben wurde, da Fragen nur schriftlich eingereicht werden durften, die die Referentin dann nur selektiv beantwortete, ist schärfsten zu kritisieren. Auch wenn das dem Versuch geschuldet gewesen sein mag, die Übersetzungsarbeit zu erleichtern, wurden dadurch strittige Behauptungen ihrerseits, wie z.B. die Hamas sei nicht antisemitisch und dass Antisemitismus und Antizionismus zwei verschiedene Paar Schuhe seien, nicht mehr kritisierbar.

Ein weiterer Punkt an dem die Veranstalter_innen hätten einschreiten müssen, sind die auf den Flyertischen ausgelegten BDS-Flyer („Boycott, Divestment, Sanction"), in denen zum Boykott Israels und israelischer Waren aufgerufen wird.

Aus alledem ergibt sich abschließend für uns, dass die Veranstaltung, so wie sie gelaufen ist, in der Flora nicht hätte stattfinden dürfen. Veranstaltungen in denen antisemitische Positionen bekräftigt werden bzw. die dazu führen, Israel zu delegitimieren oder in denen die Zusammenarbeit mit fundamentalistisch religiösen Kräften rechtfertigen, wollen wir in der Flora keine Plattform bieten Die Verselbständigung und Bestärkung eines dämonisierten Bildes Israels in der deutschen Linken, die die drastischen Darstellungen der Referentin als Spachrohr für jene Aussagen nutzen, die sie selber nicht sagen „dürfen", lehnen wir als Projekt strikt ab.

Plenum der Roten Flora
Oktober 2012

Was will uns das Flora-Plenum sagen?

Einige Fragen und Anmerkungen zur Stellungnahme des Plenums der Roten Flora zur Israel-Veranstaltung „Was ist hinter der Mauer" vom 16.07.2012

Gleich im ersten Satz fällt uns auf, dass die VerfasserInnen aus dem Titel der Veranstaltung - What`s behind the wall-, den Titel" Behind the Wall/Was ist hinter der Mauer ? machten. Kann passieren. Warum im ganzen Text von einer Aktivistin und Referentin geschrieben wird und nicht von einer Vertreterin von Anarchists Against The Wall (AATW) bleibt Geheimnis des Flora Plenums. Auf dem Flyer zur Veranstaltung und dem Infomaterial war es deutlich zu erkennen.

Im nächsten Satz wird behauptet das auch kurz auf die Sozialproteste und die Situation von afrikanischen Flüchtlingen eingegangen wurde. Richtig ist das mehr als ein Drittel der Veranstaltung sich mit innerisraelischen Themen beschäftigte. Es ging um die dortige Occupy-Bewegung, die die Israelis J-14 nannten, um Proteste von Obdachlosen und um MieterInnen Widerstand.

Der notwendige Widerstand von Flüchtlingen gegen rassistische Hetzjagden wurde durch erschütternde Filmeinspielungen deutlich gemacht.

Einen großen Teil der Kritik des Plenums nimmt die Äußerung der Referentin zur Hamas ein, da sie diese als faschistisch aber nicht als antisemitisch bezeichnete und später auch noch sagte, das sie Freunde bei der Hamas hätte.

Dabei hat das Plenum überhört das zu beginn der Veranstaltung deutlich gesagt wurde, das AATW mit keinen Parteien zusammenarbeitet. Im übrigen arbeiten AATW nicht in Gaza und in der Westbank hat die Hamas quasi ein Betätigungsverbot. Dann schreibt das Plenum wie scheiße die Hamas ist. Kein Widerspruch.

Dann wird ausgiebig auf die VeranstalterInnen eingehackt. Wir fanden die Moderation sachlich und unaufgeregt.
Das Infomaterial gab einen ausführlichen Einblick in die Thematik inklusive aller Irrungen und Wirrungen.
Bis auf die Äußerung zum Holocaust (die übrigens relativierend und nicht leugnend war) verlief die Diskussion moderat.
Es sollen bei der anschließenden Diskussion Fragen selektiert worden sein. Was hat das Flora-Plenum herausgefunden was uns entgangen ist?
Die Fragen sollten schriftlich gestellt werden damit sie übersetzt werden konnten.
Sind denn alle kritischen Fragen des Flora-Plenums zensiert worden ?
Oder wurden schlicht auf der Veranstaltung keine gestellt?

Dann geht es weiter mit dem Publikum das mit Einzelpersonen und Mitglieder durchsetzt war von der sich die Flora
(es war doch eher das Flora-Plenum) bereits mehrfach distanziert hat. Judäische Volksfront oder Volksfront Judäas .
Monty Python lässt grüßen.

Schade eigentlich das sich die KritikerInnen nicht bei der Veranstaltung geäußert haben. Die Vertreterin von AATW stand kritischen Fragen sehr offen gegenüber.
Wir fanden es klasse das so viele Leute zu der Veranstaltung kamen, doch leider wurde die Chance einer kontroversen
Diskussion verpasst. Zumal so ein wichtiges wie kompliziertes Thema es verdient hätte. Und zukünftig darf so etwas nicht mehr in der Flora stattfinden.

Statt Parolen.
Schade.

Einige VeranstaltungsteilnehmerInnen

Repression, Illusion, Implosion

In der Nachbereitung des Schanzenfests hat es bereits viele Diskussionen gegeben. Auch innerhalb der vorbereitenden Gruppen ist man sich keineswegs immer einig. Wichtig waren uns bei der Einschätzung der Ereignisse aber drei Punkte. Erstens: Nicht nur die abendlichen Ereignisse, sondern auch der Ablauf des Schanzenfests tagsüber gehört zu einer Bewertung. Zweitens: Im Rahmen eines verantwortlichen Umgangs kann es für uns keinesfalls weitergehen wie bisher, dies muss aber – drittens – in einer breiten Diskussion entwickelt und entschieden werden.

Was will das Schanzenfest

Das Schanzenfest will nicht eine Bühne für ein weiteres Happening im Event-Standort Hamburg bieten, noch verstärkt Umsatz für die notleidenden Bars und Kneipen im Stadtteil generieren. Es will nicht Tourist_innen von nah und fern zeigen, wie alternativ und verrückt das Schanzenviertel ist. Es will einen abendlichen Krawall weder legitimieren noch verhindern.

Das Schanzenfest will: sich seinen Raum selbst nehmen, ohne zu fragen. Es will sich selbst organisieren ohne Eventmanager_ikmen und Cateringbeauftragte. Und es will immer auch ein Forum bieten für politische Informationen, Aktionen und Auseinandersetzungen. Widersprüche und Brüche gab und gibt es nicht nur mit Behörden, Polizei und Politik. Auch untereinander, mit Gruppen und im Stadtteil sowie zwischen verschiedenen Ansprüchen treten sie immer wieder auf – es gibt eben kein richtiges Fest im Falschen. Und die Veränderungen im Schanzenviertel und anderswo sind auch am Straßenfest nicht spurlos vorbei gegangen: Mit steigender Beliebtheit des Viertels vergrößert sich der Einzugsbereich, eine veränderte Anwohner_innenschaft verändert den Charakter der Stände und Beiträge, eine andere Kneipenstruktur bietet ein anderes Speisen- und Getränkeangebot, auch zu anderen Preisen, usw. Wie viele andere politische, unkommerzielle und subkulturelle Projekte ist das Schanzenfest längst zum Standortfaktor geworden. Dennoch ist es auch immer wieder gelungen, Brüche aufzuzeigen, zu vertiefen, herzustellen. Dazu ist es nötig, sich jedes Jahr aufs Neue widerständig aufzustellen, neue Ideen zu entwickeln und gemeinsam mit anderen zu organisieren und umzusetzen. Hierzu gehört auch, sich an den eigenen Ansprüchen zu messen und messen zu lassen, sich auseinanderzusetzen, Kritik zu entwickeln und Konsequenzen daraus zu ziehen.

Feste feiern, wie sie fallen

In den letzten Jahren ging die Auseinandersetzung vor allem darum, ob das Fest überhaupt stattfindet. Bei aller Kritik und Selbstkritik zur Entwicklung des Festes wollte man sich keinesfalls von Figuren wie Innensenator Käpt'n Alhab und seiner Walfängerflotte sagen lassen, ob, wann und wo man zu feiern habe. Andere haben es mit der erstickenden Umarmung versucht: unvergesslich der Versuch 2010, einen Runden Tisch zum Schanzenfest abzuhalten, der in einem Konfetti-Tsunami unterging. Eines hatten alle unterschiedlichen Versuche und Taktiken gemeinsam: sie waren vergeblich.

Diese Phase scheint fürs Erste abgeschlossen, in diesem Jahr wurde man von allen zuständigen Stellen im Vorfeld entschlossen ignoriert. Umso unverständlicher, dass die Polizeiführung zwei Tage vorher noch das ritualisierte Gefahrengebiet ausrufen musste. Alle Festbeteiligten zusammen haben es also geschafft, sich den Raum erfolgreich zu nehmen – doch auch hier bleiben Fragen offen: Muss es immer schneller, höher, weiter, lauter und voller werden?

Durch die immer größeren Ausmaße des Fests wird es nicht einfacher, politische Inhalte sicht- und hörbar zu machen. Das alljährliche politische Motto des Schanzenfests bildet Auseinandersetzungen in der Gesellschaft ab und versucht, in diese einzugreifen: Repression, Sexismus und Homophobie, Umstrukturierung und Gentrifizierung waren in den letzten Jahren das Thema. Politischer Charakter transportiert sich jedoch nicht über ein festgelegtes Motto, sondern durch Aktivitäten von vielen Leuten und Gruppen zu diesen und anderen Themen. Durch Aktionen: Hausbesetzungen, Umzüge und Paraden, das Pflanzen eines Baums auf der Piazza oder die Ausrufung der Autonomen Republik Schanzenviertel. Durch Transparente, Infowände und Flyer, Redebeiträge von der Bühne, Solistände für politische Bewegungen oder zur Finanzierung der eigenen Aktionen.

Schanzenfest auf Griechisch

Dieses Jahr versuchte das Motto, über den Tellerrand zu schauen, über die Zustände in Griechenland und deren Ursachen zu informieren und die deutsche Beteiligung daran, der Propaganda deutscher Medien und Politiker_innen etwas entgegen zu setzen und auch praktische Solidarität mit Bewegungen in Griechenland zu üben. Ein wichtiges Element hiervon war der Schanzenfestsalon im Hof des 3001. Gäste aus Griechenland berichteten über die Situation vor Ort, Menschen aus verschiedenen politischen Spektren diskutierten über Perspektiven in der Krise oder stellten ihre politische Arbeit zu Frontex oder Entschädigungszahlungen für Opfer des Nationalsozialismus vor. Eine neue Idee und eine gute Sache. Gerne hätte man sich mehr Außenwirkung auf den Rest des Festes, mehr optische Info dazu und eine zeitigere Bekanntgabe des Programms gewünscht.

Darüber hinaus gab es Redebeiträge zu unterschiedlichsten Themen, eine Liveschalte zur Demo in Rostock, jede Menge Transparente quer über das Fest, eine Ausstellung griechischer Plakate im Flora Park, zahlreiche Politstände (von denen auch einige das Griechenland-Motto aufgegriffen hatten) sowie Solitrinken und -essen. Angesichts von laut Medien 600 Ständen mit Sicherheit ein (zu) kleiner Teil des gesamten Festes. Doch wir sind der Ansicht, dass hier eine Entwicklung in die richtige Richtung, zu wieder mehr politischen Inhalten, stattfindet – auch wenn auch bei uns nicht immer Einigkeit besteht, ob das politische Schanzenfestglas nun halbvoll ist oder halbleer. Auch das ist ein Prozess, den man gemeinsam weiterentwickeln muss, mehr Leute dazu gewinnen, sich in der Vorbereitung und Gestaltung des Festes zu beteiligen.

Ein wichtiger Bestandteil des Schanzenfests auf Griechisch war die konkrete Solidarität mit den sozialen Kämpfen in Griechenland. Nicht zuletzt, um dem zunehmenden Unwillen vieler Standbetreiber_innen, überhaupt einen finanziellen Beitrag zum Fest zu leisten, offensiv etwas entgegenzusetzen. An den Ständen wurde so viel wie schon lange nicht mehr gesammelt. Dies ist jedoch nur ein eher kleiner Teil Umsätze der Stände. Und auch in diesem Jahr haben die Geldsammler_innen die Erfahrung gemacht, dass gerade die Stände, die am kommerziellsten aufgestellt sind und am meisten Kohle machen (und hier besonders auch die Außengastro der ansässigen Kneipen) sich be-

harrlich weigern, etwas zu spenden oder meinen, 50 Cent wären ein passender Betrag. Trotzdem schätzen wir die Spendensammlung positiv ein: die Kommunikation mit den Ständen bereits am Morgen per eigenem Flyer ebenso wie die Beteiligung von mehr Leuten hat einiges gebracht und kann auch noch ausgebaut werden. Das gesammelte Geld wird an griechische Projekte überwiesen, die Kosten des Fests werden durch Soliveranstaltungen im Nachhinein gedeckt, eventuelle Überschüsse werden ebenfalls nach Griechenland gespendet.

Was tun, wenns brennt?

War das Straßenfest tagsüber nach unserer Wahrnehmung eines der besten seit Jahren, stellte sich der Abend als einer der beschissensten dar. Zwei Menschen, die notwendigerweise in einer Gefahrensituation eingegriffen haben, wurden durch Messerstiche schwer, einer davon lebensbedrohlich, verletzt. Es kam zu Schlägereien und aggressiven Übergriffen. Was vor der Roten Flora gegen Mitternacht stattfand, hatte kaum mehr etwas mit den Auseinandersetzungen in der Vergangenheit zu tun, die sich schwerpunktmäßig gegen Polizeiübergriffe gerichtet hatten. Stattdessen fand eine Art Wettbewerb im Scheiße sein von mehr oder weniger besoffenen Männern statt.

Nicht nur die Messerstiche nach dem Fest markieren für uns daher eine Zuspitzung, die ein Weitermachen wie bisher ausschließt. Sondern die gesamte Stimmung auf der Straße: Die vielen Verletzten und der zunehmende Charakter eines Schützenfestes mit all seinen negativen Erscheinungsformen wie sexistische Sprüche, Mackerverhalten und Schlägereien bot ein Szenario der Männergewalt, das wir in dieser Form bisher nicht erlebt haben und dem wir keine Bühne bieten wollen.

In der Nacht des Schanzenfestes haben wir daraufhin ein Feuer vor der Roten Flora gelöscht und das Feiern auf der Straße für beendet erklärt. Wir hielten und halten diese konkrete Entscheidung für einen richtigen und notwendigen Schritt der politischen Intervention. Auch in der Praxis der letzten Jahre ging es uns niemals darum, unsererseits Law and Order auf der Straße durchzusetzen, sondern stets die Frage nach den gesellschaftlichen Verhältnissen zu stellen. Generell wollen und können wir nicht alles unter Kontrolle haben; hier sind wir immer auch Teil eines widersprüchliches Verhältnisses; immer wieder sind nicht nur wir gefordert, uns zu verhalten oder einzugreifen

Pauschalisierungen und Randgruppenbashing

Wir verweigern uns einer Lesart, die eine Spaltung der Festbesucher_innen in gute (vermeintlich friedliche) Anwohner_innen und böse (vermeintlich auswärtige) „Krawalltouristen" vornimmt. Generell können wir nichts mit solchen Begriffen aus dem Arsenal der Fremdenfeindlichkeit anfangen und sehen den Stadtteil lieber als offenen Ort der Begegnung und gesellschaftlicher Widersprüche. Es gab viele Anwohner_innen, die Kartons auf die Straße warfen, um sich am Feuer zu erfreuen. Warum auch nicht?! Ebenso gab es Menschen von außerhalb, die diese als Krawalltouristen bezeichneten.

Es gab sicher Menschen, die angereist sind, um einen abendlichen Krawall zu erleben, skurrilerweise aber auch Menschen, wie zum Beispiel eine Gruppe vor der Haspa-Filiale, die angereist sind, um einen solchen zu verhindern. Wer unterschiedslos alles und jeden auf der Straße als Krawalltourist bezeichnet, schadet dem richtigen und notwendigen Eingreifen bei blödsinnigen Aktionen oder Übergriffen. Für uns eine Situation, die nicht unwesentlich für die spätere Eskalation war. Die aggressiv und undifferenziert vorgetragene Forderung nach behördlich genehmigungsfähigem Verhalten schafft keine entspannte Situation, sondern ein Klima der Zuspitzung und Ausgrenzung durch die Erhebung der eigenen Lebensvorstellungen und Politikformen zur alleingültigen Norm.

Wir halten es für richtig und wichtig, bei Gefahr für Leben und Gesundheit einzuschreiten, zu verhindern, dass Gartenmöbel von Anwohner_innen zerkloppt und verfeuert werden oder die Kleinwagen von anderen Festbesucher_innen demoliert werden. Ein Fazit der abendlichen Ereignisse ist die Notwendigkeit, in Zukunft stärker in diese Richtung einzugreifen. Dies schließt für uns aber auch Leute ein, die in Bürgerwehrmanier die Situation eskalieren.

Wir werden in Folge der Übergriffe am Abend des Schanzenfestes weder selbst in eine Sicherheitshysterie ausbrechen, die wir in der Vergangenheit immer wieder als rechtspopulistische Inszenierung kritisiert haben, noch sehen wir einen Sinn darin, identitäre Gruppen zu konstruieren, um diese wahlweise zu verteufeln oder ihnen einen Heiligenschein zu verpassen. Wichtiger als einzelne Personen sind uns die Verhältnisse und die Frage, wie es zu einem solch beschissenen Verlauf des Abends überhaupt kommen konnte.

Sich selbst erfüllende Prophezeiungen der inneren Sicherheit

Wir haben als Festvorbereitung in den vergangenen Jahren immer wieder betont, dass die abendlichen Auseinandersetzungen mit der Polizei nicht vom Fest gesucht wurden, sondern ein Ergebnis der polizeilichen Eskalationsstrategie sind. Der Ausnahmezustand nach dem Schanzenfest mit Polizeikräften in vierstelliger Anzahl, gewalttätigen Übergriffen und Wasserwerferorgien in den letzten Jahren hat sich längst zu einer sich selbst erfüllenden Prophezeiung entwickelt. Durch die Einrichtung eines so genannten Gefahrengebietes als Einladung zu Auseinandersetzungen mit der Polizei wurde in diesem Jahr wenige Tage vor dem Fest auch noch den Letzten, die es noch nicht wussten, vermittelt, dass am Wochenende im Schanzenviertel die Post abgeht.

Wir halten dabei nicht die Lagerfeuer auf der Straße für ein Problem, sondern einen Polizeiapparat, der diese jahrelang zum Anlass für eine polizeiliche Eskalation genommen hat – um in diesem Jahr überraschend zu erklären, bis zum Wurf von einigen Flaschen auf eine Haspa-Filiale habe es keinerlei Anlass zum Einschreiten gegeben. Dass Lagerfeuer niemanden generell bedrohen, mag eine späte, aber dennoch richtige Einsicht sein. Skurril ist jedoch, dass viele die Propaganda der Innenbehörde der vergangenen Jahre offenbar mittlerweile verinnerlicht haben. Anders ist nicht zu erklären, dass Politik, Medien und auch einige Festbesucher_innen die Lagerfeuer inzwischen gleichsetzen mit Krawallen und gewalttätigem Verhalten an sich. Eine solche Verschiebung der Repression von außen nach innen beschreibt für uns ebenfalls ein Eskalationsszenario – wie tausend Polizeibeamte um die Ecke, die nur darauf warten zuzuschlagen.

In dieser Normalisierung der Gewalt liegt wohl der größte Erfolg der Polizeistrategie der letzten Jahre. Wir sind nicht bereit, uns eine solche Logik anzueignen. Wir verfolgen stattdessen den Gedanken eines solidarischen Straßenfestes, das Ausgrenzung entgegenwirkt und die bestehenden Gewaltverhältnisse thematisiert.

Wir können dabei in polizeilicher Gewalt keinesfalls etwas Hilfreiches und Sinnvolles erkennen. Im Gegenteil. Erschreckend finden wir allerdings, wenn es für die Polizei offenbar kein Problem ist, wenn zwei Menschen niedergestochen werden und einer davon mit dem Tode ringt, aber eine beschädigte Bankfiliale als Gewaltausbruch begriffen wird, der sofortiges Handeln erfor-

dert. Für uns ein sehr eindringliches Beispiel dafür, was in der Logik der Inneren Sicherheit Gewalt ist und was nicht, wogegen sich das Fest richtet und womit wir uns nicht gemein machen wollen.

Die Schanze und das Fest

Nicht zuletzt sehen wir die Ursache für das Implodieren der Gewalt am Schanzenfest in der städtischen Entwicklung selbst. Der Bezirk Altona und der Hamburger Senat sehen im Schanzenviertel seit Jahren vor allem einen Standort mit kreativem Potential, das es auszuschöpfen gilt. In der Folge haben Kneipenkonzessionen und Außengastronomie dramatisch zugenommen und eine Ballermannisierung hat eingesetzt. Wohnungen gibt es nur noch zu exorbitanten Mieten oder sie werden in Eigentumswohnungen umgewandelt, ärmere Menschen wurden verdrängt und der einst migrantisch geprägte Arbeiterstadtteil wurde mittelständischer und deutscher.

Damit verbunden ist eine Zunahme von Gewalt, Ausgrenzung und Ungleichheit im Stadtteil. Diese tritt in unterschiedlichen Formen auf. In ökonomischer Form durch Verarmung, in struktureller durch Verdrängung und in physischer vor allem in Form von Männergewalt. Wir halten es für falsch, diesen Phänomenen lediglich auf der Ebene der physischen Gewalt und im Rahmen eines Sicherheitsdiskurses zu begegnen. Wenn wir diese Verhältnisse bekämpfen, dann löschen wir keine Feuer oder gründen eine Bürgerwehr, sondern dann versuchen wir, die Ursachen zu bekämpfen, mit Betroffenen in Gespräch zu kommen und durch Vernetzung und Begegnung eine soziale Basis für politische Bewegungen herzustellen.

Längst ist aus dem vergleichsweise beschaulichen Stadtteil der achtziger Jahre eine Ausgeh- und Partymeile geworden, mit den üblichen Folgeerscheinungen einer solchen Entwicklung. Eher besinnlich wirken autonome Krawallnächte inzwischen gegen den Radau und die Gewalt der Ökonomie. Tatsächlich haben Messerangriffe und Schlägereien im Schanzenviertel generell zugenommen und sind nicht ein Problem des Schanzenfestes, sondern eines der gesellschaftlichen Verhältnisse, wie sie sich im Lokalen abbilden.

Für das Recht auf Stadt

Ein antifaschistischer Genosse aus Griechenland bemerkte auf dem Fest, der Kapitalismus durchdringe alle und alles. Wir sind ebenso wenig frei von Herrschaft, Privilegien und Gewalt wie andere Menschen. Doch wir alle haben auch die Möglichkeit, uns zu organisieren und Widerstandsperspektiven gegen diese Verhältnisse zu entwickeln. Nicht Norden oder Süden, Griechenland oder andere Länder im Aufstand, sondern die transnationale Form von Metropolregionen und Städten begreifen wir in diesem Zusammenhang als zentrales Terrain sozialer und politischer Kämpfe.

Der Slogan „Die Stadt ist unsere Fabrik" fasst dies zusammen in dem Sinn, dass traditionelle Klassenkämpfe durch eine Veränderung der Arbeitswelten und zunehmende Prekarisierung abnehmen und sich vom Ort der fordistischen Produktion in andere Bereiche des Lebens verlagern. Ökonomische Ausbeutung und Produktion haben über ihren ursprünglichsten Ort, die Fabrik, hinaus umfassender als je zuvor alle unsere Lebensbereiche durchdrungen. Umso notwendiger erscheint, sich alle diese Orte als Terrain politischer Kämpfe anzueignen. Nicht weniger versucht das Straßenfest im Schanzenviertel als selbstorganisierte Veranstaltung seit 24 Jahren. Dies wäre nicht zuletzt auch ohne die militanten Auseinandersetzungen nach dem Schanzenfest 2009 nicht durchsetzbar gewesen. Eine künstliche Trennung in „friedliche" und „gewaltbereite" Festbesucher_innen anhand von Lagerfeuern oder Widerstandshandlungen gegen Polizeigewalt lehnen wir auch deshalb ab. Das Schanzenfest ist eine Veranstaltung für alle, eine Versammlung und ein sozialer Ort, an dem sich das Leben, die Widersprüche und die Suche nach Antworten abbilden.

Die Zukunft des Straßenfestes

Schon länger bezweifeln nicht nur wir, ob immer mehr Besucher_innen, immer mehr Stände, immer mehr Caipirinha, immer mehr Soundsysteme auf immer mehr Straßen und Plätzen eine Entwicklung auch für die nächsten Jahre sind. Mit allen Begleiterscheinungen: Geiz ist geil, immer mehr Ramsch und höhere Preise, sexistische Sprüche und ätzende Anmache. Flohmarktstände sind ein wichtiger Teil des selbstorganisierten Charakters des Fests. Durch den bewussten Verzicht auf mit einer Anmeldung einhergehende bürokratische Regularien wie Standanmeldung, -genehmigung sowie -gebühren muss man andere Möglichkeiten finden, in Richtung weniger Kommerz und Alkohol und mehr Rücksichtnahme einzuwirken. Ein erster Schritt kann nur die Auseinandersetzung innerhalb politischer Gruppen und Personen und im Stadtteil sein, nicht nur über die Vorfälle am Abend, sondern auch, wie man positive Prozesse, die mit diesem Fest losgetreten wurden, verstärken und Kommerz und Nerv entgegenwirken kann. Das geht aber nicht mit Meckern an der Theke.

Es ist möglich, zwei Schanzenfeste in einem Jahr zu machen, um einer repressiven Verbotspolitik unseren Widerstand entgegenzusetzen. Ebenso möglich ist es allerdings, kein Schanzenfest zu veranstalten. Wir haben das Schanzenfest nie als ritualisierte Veranstaltung, jährlich wiederkehrend wie der erste Mai oder die Lohnsteuerjahreserklärung, gesehen. Von Jahr zu Jahr wurde immer auch kritisch reflektiert, wo diese Veranstaltung steht und wie es weitergehen kann und soll.

Ob es vor dem Hintergrund der Ereignisse richtig ist, als Reaktion und Konsequenz im nächsten Jahr bewusst kein Schanzenfest zu machen, oder ganz bewusst deshalb eines zu machen, auf dem diese Zustände entsprechend thematisiert und verhindert werden, ist für uns offen. Diese Frage wird in den nächsten Monaten in den Diskussionen im Stadtteil, in politischen Gruppen und Initiativen beantwortet werden. Ebenso falsch, wie das Fest als politisches Projekt nicht zu verteidigen, finden wir, so weiterzumachen, als wäre nichts passiert. Dieser Prozess ist mit diesem Papier nicht abgeschlossen, sondern es soll eine breitere Diskussion ermöglichen.

Schanzenfestvorbereitung 2012

„wenn wir das Bild von 100 Autonome spielen Ordnungsamt vor der Flora oder 100 Autonome greifen die Bullen an vor Augen haben, wissen wir, welches wir uns wünschen“

Kommentar zu dem Papier: „Repression, Illusion, Implosion“ der Schanzenfestvorbereitung 2012

Als autonome Gruppe, die in den letzten Jahren immer versucht hat, politisch und praktisch ihren Beitrag zu dem selbst organisierten Fest zu leisten, möchten wir das Papier der Vorbereitungsgruppe und einige in der Szene verbreitete Standpunkte kommentieren. Wenn sich einige davon auf denn Schlips getreten fühlen, um so besser!

Jedes Jahr dasselbe Spiel: Im Nachklang des Schanzenfestes meckern viele über die Vorbereitung und den ach so unpolitischen Riot, machen selber aber... nichts. Nur wenige versuchen kontinuierlich das Fest je nach Anlass politisch zu füllen und das kann und soll unserer Ansicht nach eben nicht die Aufgabe der Vorbereitung sein. Zu viele kommen, konsumieren, amüsieren sich, gaffen ein bisschen und meckern später am Tresen. Ein Verhalten, das mit einer autonomen oder undogmatischen Theorie und Praxis so überhaupt nicht zusammen passt. Wenn die Delegation von Aufgaben und Ansprüchen so sehr euer Ding ist, solltet ihr euch vielleicht mal bei den Parteiorganisationen umschauen. Da reicht schon die Mitgliedschaft und wählen dürft ihr auch hin und wieder auch wen oder was. Mit Selbstorganisation hingegen hat dieses Verhalten nix zu tun.

Wir sehen die in dem Papier beschriebene Entwicklung der Schanze ähnlich wie die Vorbereitungsgruppe, und auch das Fest am Tag war aus unserer Sicht relativ gut gelungen.
Wir würden hingegen nicht wie die Vorbereitungsgruppe Tag und Nacht voneinander trennen. Sowohl der Tag als auch der Abend und die Nacht gehören zum Fest und wenn sich alle einig sind, dass die Auseinandersetzungen eine sich selbsterfüllende Prophezeiung sind, können und müssen wir das zur Kenntnis nehmen und uns darauf einstellen. Es bekommt halt auch jede_r den Riot, den er/sie verdient. Denn es ist eben weder alleinig „unser Fest“ noch ist es „unser Riot“. Wir sind ein Teil der Konflikte und Widersprüche, die auch auf dem Fest sichtbar werden. Das heißt: auch für den Verlauf der Nacht müssen alle Verantwortung übernehmen. Dabei gab eben auch in all den Jahren positive Beispiele für Militanz auf dem Fest. Wir sehen deshalb die Bullen nicht als den einzigen Akteur der Eskalation der letzten Jahre. Es gab auch von unserer Seite selbstbestimmte Angriffe und Konfrontationen. Und diese waren und bleiben oft richtig. Wir haben keinen Bock, uns von Senat und Bezirk einlullen zu lassen. Wenn wir die „freundliche Umarmung“ der Stadt umgehen wollen und uns weiterhin widerständig aufstellen, wenn das Fest Störfaktor sein soll, dann müssen wir weitergehen. Denn wir wollen sehr viel mehr als ein bisschen feiern, wir wollen das Bestehende erschüttern!
Dabei verstehen wir durchaus Menschen, die die Situation nicht als geil oder aushaltbar empfinden; glauben aber, dass noch genug Potential vorhanden ist, um auch eine Auseinandersetzung positiv zu beeinflussen. Unsere Kritik richtet sich ausdrücklich nicht an Menschen, die sich generell auf Riot-Situationen nicht einlassen möchten/können oder die Vorbereitungsgruppe, sondern an die zahllosen Besserwisser_iknen, Kneipenheld_innen und Piazza-Gaffer_innen (und natürlich auch an uns selbst).

Dieses Jahr ist es dem Senat und den Bullen „gelungen“, uns in den Zuspitzungen von Gewalttätigkeiten selbst zu ertränken. Eine Lenkung der Aggression nach „Aussen“ gelang nicht. Wenn wir glauben würden, dass die Messerstiche alleiniges Resultat des Festes wären, würde uns die Konsequenz, das Fest endgültig als gescheitert zu erklären, leicht fallen. Wir müssten dann eben nur das Fest abblasen, um solches Verhalten zu unterbinden. Leider ist diese Form von Gewalt aber Teil des allwöchentlichen Ausnahmezustands auf der Piazza. Anzunehmen, dass sich dieser auflöst, weil wir ein Fest machen ist leider irrational. Dass Linksradikalen die dauerpräsente Männergewalt in der Schanze erst auffällt, wenn sie ein Straßenfest feiert und es einen der unseren trifft, ist traurig. Alle, die am Wochenende in der Schanze unterwegs sind, sind damit konfrontiert. Und dass wir Türschichten in der Flora nur noch in Großgruppen machen, ist ja auch nicht vom Himmel gefallen.

Doch zurück zum Fest: dieses ist für uns kein Selbstzweck, sondern die Ausdehnung der Möglichkeiten in einer widerständigen Praxis. Und da ist die Frage, ob wir eine soziale Befriedung oder eine linksradikale Eskalation wünschen. Dieser Widerspruch löst sich nur am Ort des Geschehens und nicht im Fritz Bauch oder beim Gaffen auf. Durchaus bewusst ist uns, dass das im Widerspruch zu Teilen der Feiernden steht, die eben dieses alternative Ambiente hedonistisch genießen wollen. Deshalb muss in der kommenden Diskussion klar werden, ob ein Großteil der linksradikalen Szene eine positive Konfrontation wünscht oder die Mehrzahl auf Befriedung aus ist. Wir haben eben die nicht unbegründete Angst, dass im nächsten Jahr ganz gerne einige Leute vor der Flora Polizei spielen wollen. Für uns kann es nur die Konsequenz geben, dass sich bei einer Weiterführung des Schanzenfestes mehr Personen und Strukturen einbringen und auch Verantwortung für den Abend übernehmen.

Auch der Abend muss von uns gefüllt werden, um ein Vakuum wie dieses Jahr zu vermeiden.

„Wo wart ihr in Dortmund?"

Antifacamp ohne Antifa - Auswertung aus Berlin und Brandenburg

Vom 24. August bis zum 2. September 2012 fand – nein, sollte in Dortmund ein spektrenübergreifendes autonomes bundesweites Antifacamp stattfinden. Entstanden war die Idee aus autonomen Kreisen, angesprochen werden sollten Autonome, Linksradikale, Antifagruppen, Junge, Alte, Antirassist_innen, Antimilitarist_innen... Das Motto: Antifa ist mehr!
Durch die inhaltliche Ausrichtung des Camps wurde der unserer Meinung nach wichtige Versuch unternommen, das Thema Antifa inhaltlich breiter aufzustellen. Denn mit dem Bekanntwerden der Morde des „Nationalsozialistischen Untergrund" (NSU) standen viele Fragen im Raum:
Wo waren wir, als die Morde und Anschläge begangen wurden? Wo war unsere Solidarität mit den Opfern und ihren Angehörigen/Familien? Warum wurden die Thesen der ermittelnden Behörden („Ausländerkriminalität", PKK etc.) nicht öffentlich kritisch hinterfragt? Und was ist passiert, seit bekannt ist, dass der „NSU" zwischen den Jahren 2000 bis 2007 zehn Menschen ermordet hat? Welche Konsequenzen ziehen wir? Unsere eigene mangelnde Vernetzung und Handlungsfähigkeit sollte auf den Prüfstein…

Für Berlin-Brandenburg gab es einen eigenen Vorbereitungskreis. Voller Zuversicht, dass unsere Fragen auch eure sind, ging es an die Vorbereitung. Der Ort schien uns gut gewählt. Auch in Dortmund mordete der „NSU": Im 4. April 2006 wurde Mehmet Kubaşik in seinem Kiosk in der Mallinkrodtstraße erschossen. Dortmund veranstalten die Nazis seit Jahren am 1. September ihren so genannten Nationalen Antikriegstag, haben sich militante Neonazistrukturen etabliert, die gezielt das Konzept der „national befreiten Zonen" in einer Großstadt umzusetzen versuchen, vernetzt sich der mittlerweile verbotene „Nationale Widerstand Dortmund" (NW-Do) bundesweit mit anderen Nazis. In den vergangenen Jahren haben die Nazis zudem versucht durch „Nationale Aktionstage" im Vorfeld zu mobilisieren. Deshalb wollten wir bereits vor dem 1. September aktiv sein. Ausreichend Möglichkeiten für Aktionen und Vernetzung...

Soweit zur Vorgeschichte. Als es endlich losgehen sollte, überraschte das NRW-Innenministerium am Tag vor Campbeginn mit dem Verbot des „NW Dortmund" und zwei weiterer Kameradschaften. Das war am Vormittag. Am Nachmittag zeigte sich dann, wie sehr die Stadt Dortmund die Extremismusklausel verinnerlicht hat. Das Antifacamp wurde faktisch verboten, das heißt, die direkt vorher gegebene Zusicherung, man müsse nur noch über einzelne infrastrukturelle Maßnahmen auf dem Camp-Platz sprechen, war hinfällig. Oberbürgermeister Ulrich Sierau sprach davon, eine neue Sicherheitslage („gewaltbereite Autonome" seien zu erwarten) habe ihm keine andere Wahl gelassen, als die Genehmigung rückgängig zu machen. Wir waren trotz dieser überraschenden Wende entschlossen, es durchzusetzen...

Friedhofsruhe in Dortmund

... nur, und das war und ist das große Manko dieses Camps: Wir waren zu wenige. Zu wenige, um den Nazis entschieden etwas entgegensetzen zu können, und auch zu wenige, um mit der Situation in einer Stadt umgehen zu können, die beschlossen hatte, das Camp auf keinen Fall zu dulden.
Damit kann sich die Stadt Dortmund und allen voran OB Sierau (SPD) sich rühmen, zum ersten Mal ein bundesweites Antifacamp verboten zu haben – ohne dass darauf eine geeignete politische Antwort gefunden wurde. Weder in Dortmund noch bundesweit gab es eine spürbare Empörung – abgesehen von zahlreichen Solidaritätsbekundungen, die zwar gut taten, aber keinen Druck aufbauten. Wenigstens eine weitere zentrale Begründung des Verbotes, das Camp wäre eine Provokation für die Naziszene, die eine Demo gegen das Camp angemeldet hatte, hätte unserer Meinung nach zu Empörung weit über den Pott hinaus führen müssen. Stattdessen hockten wir am Freitag mit wenigen Leuten vor dem Rathaus, immer in der Erwartung, wir werden noch mehr. Am Abend haben wir zumindest eine Spontan-Demo gegen das Verbot auf die Beine gestellt, mit dem Ausblick auf die Auftaktdemo am Samstag. Uns ist - bis heute - unverständlich, warum wir dann am folgenden Tag noch weniger Leute waren. Statt sich zu entscheiden, angesichts der Situation nicht zur Gedenkdemonstration nach Rostock zu fahren, sondern das Camp durchzusetzen, entschieden sich auch in NRW einige für den umgekehrten Weg.
An die Gegenseite war das politische Signal eindeutig: Von der radikalen Linken geht in dieser Situation keine Gefahr aus. Und wegen Bündnispartnern, die sich angesichts mordender Nazis beherzt an unsere Seite stellen, auch nicht.

Dennoch, die Situation war zwar katastrophal, doch es war nicht alles schlecht in Dortmund... Wir sind noch immer überzeugt, dass Dortmund der richtige Ort war, und diejenigen, die da waren, haben versucht, das Beste aus der Situation zu machen. Das ist teilweise gelungen, es gab gute Veranstaltungen, die - trotz unseres Exils im AZ Mülheim - in Dortmund stattfanden wie die Veranstaltung zum Mord an Mehmet Kubasik durch den „NSU". Über diese Veranstaltung hinaus ist aber kaum deutlich geworden, dass das Camp auch eine Reaktion auf die NSU-Morde war. Was auch daran lag, dass es neben den Aktionen und Veranstaltungen wenig Möglichkeiten zum Austausch gab, da die Plena genutzt werden mussten, um die Infrastruktur aufrecht zu erhalten und täglich die Frage im Raum stand: Wie weiter mit dem Camp?

Trotzdem waren wir während der zehn Tage präsent in der Region, haben Aktionen gemacht, unser Anliegen lautstark kundgetan und haben im Autonomen Zentrum Mülheim (dank der Unterstützung der Crew vor Ort) einen Teil der Infrastruktur aufrecht erhalten. Und dabei haben wir es geschafft, dass bei allem Stress die interne Stimmung gut war, viele haben sich verantwortlich eingebracht, es gab gut besuchte Plena mit bis zu 150 Teilnehmenden, wenig mackermäßiges Auftreten, ein sehr ausgeglichenes Männer-Frauen-Verhältnis (auch in den Redebeiträgen) und auch die Vernetzung von sich bisher unbekannten Gruppen und Einzelpersonen war ein wahrer Pluspunkt dieses Camps. Auch der Versuch in der Stadt Bündnispartner_innen beispielsweise mit dem SPD-Ortsverein Dortmund Dorstfeld und den lokalen Grünenpolitiker_innen zu suchen, war erstmalig und wichtig. Mit der Camp-Zeitung, die wir bei den Aktionen und Demonstrationen insbesondere in Dorstfeld verteilten, haben wir viele Leute erreicht, die uns bestätigten, dass sie es wichtig finden, massi-

ver in der Öffentlichkeit gegen die Nazis aufzutreten. Und – das war unserer Meinung nach ein wichtiger Versuch – wir haben mit dem Camp Leute erreicht, die sich zuvor angesichts der Situation in Dortmund zwischen den verschiedenen antifaschistischen Bündnissen zurückgezogen hatten.

Gleichzeitig müssen wir uns fragen, ob die geringe Beteiligung hätte vorher klar sein können und wie wir darauf hätten reagieren müssen: den Zeitraum verkürzen oder das Camp gar absagen? Dürfen wir so ein Camp absagen oder spielt das den Nazis in die Hände? Vorher angesprochene Strukturen verhielten sich jedoch so indifferent, dass uns nicht klar war, mit welcher Unterstützung tatsächlich zu rechnen sein würde bzw. wie viele sich nach der Gedenkdemonstration in Rostock-Lichtenhagen tatsächlich aufmachen würden.

Extremismusklausel par excellence

Als wir einen Tag vor Beginn des Camps vor die Situation gestellt waren, dass das Camp faktisch verboten wird und die Stadt dieses Verbot auch durchsetzen würde, mussten wir uns spätestens Sonntag eingestehen, dass wir mit den vorhandenen Kräften nicht in der Lage waren, dem Verbot entschlossen etwas entgegenzusetzen. Wir mussten den Fokus verschieben.
Das war Extremismusklausel par excellence und darauf musste eine politische Antwort gefunden werden. Eine Besetzung wurde zwar anfangs täglich neu diskutiert, viele von uns hielten sie für politisch nicht durchsetzbar. Zur Auswahl standen zwei Optionen. Der von uns angemeldete Schulte-Witten-Park in Dorstfeld, der Hometown der Nazis. Hierfür waren wir schlicht zu wenige, auch wenn wir den Platz nach wie vor für eine gelungene Provokation halten. Die zweite Option war der alternativ mit der Stadt verhandelte Tremonia-Park. Hierfür waren wir vielleicht auch zu wenige, vor allem aber fehlte uns die notwendige Unterstützung verschiedener politischer Kräfte in der Stadt des SPD-Sumpfs. Keine Kirche, keine Uni, nicht das Wahlkreisbüro von Ulla Jelpke (Linke) noch andere Bündnispartner_innen boten konkrete Unterstützung an. Wir wollen nicht jammern, Fakt war aber, auch diesen Platz hätten wir allein durchsetzen müssen.

In der Konsequenz dieser Situation fielen viele lang vorbereitete Veranstaltungen aus bzw. wurden ersetzt, um stattdessen das Verbot öffentlich zu thematisieren. Wir hätten hier noch konsequenter sein können, andererseits sollten lange geplante Aktionen und Veranstaltungen trotzdem stattfinden. Zwar gab es am Sonntag eine Störungsaktion bei einer Wahlparty im Rathaus und am Montag eine bei einer öffentlichen Ansprache von Oberbürgermeister Sierau, bei der wir unsere Haltung zum Verbot offensiv vermittelt haben. Dennoch denken wir in der Rückschau, vielleicht wäre mehr drin gewesen...

Schwierig war auch die Vermittlung nach Außen. Vielleicht hätten wir die Situation für diejenigen, die - warum auch immer - beschlossen hatten, nicht nach Dortmund zu fahren, authentischer darstellen müssen. Wir brauchten Unterstützung, waren aber gefangen in dem Denken, wenn wir zu negativ berichten, kommt wahrscheinlich auch niemand. Vielleicht ist das nicht angekommen, die konkrete Unterstützung, die wir uns angesichts des Verbots gewünscht hätten, blieb jedenfalls aus. Wir fragen uns bis heute und hätten auch gerne konkrete Antworten: Wo wart ihr in Dortmund?
Aktionen gegen Nazis

Unser Ziel war, den Nazis dort etwas entgegenzusetzen, wo sie den öffentlichen Raum für sich beanspruchen. Die Auftaktdemo am Samstag ging deshalb direkt nach Dortmund-Dorstfeld, kam wegen der massiven Polizeipräsenz aber nur bis zum kurz zuvor vom Innenministerium NRW geschlossenen „Nationalen Zentrum" in der Rheinischen Straße 135. Ein weiterer Versuch musste ebenfalls abgebrochen werden: Der Antifaschistische Stadtrundgang am Sonntag in Dorstfeld wurde von der Polizei nach der ersten Station gestoppt, nachdem es immerhin rund 60 Teilnehmer_innen geschafft hatten, einigermaßen unentdeckt nach Dorstfeld zu gelangen. In Sichtweite und in den umliegenden Straßen standen die Nazis und feixten über die Hilfe der Bullen, die ihre „National befreite Zone" durchsetzten, weil sie angeblich „unsere Sicherheit nicht garantieren konnten". Zu dem Zeitpunkt war klar, wir müssen auf angekündigte Aktionen verzichten, auch wenn das bedeutete, dass ein Teil der Öffentlichkeit dabei von den Infos ausgeschlossen war.

Die Aktion am Donnerstag unangemeldet im Steinauweg in Dorstfeld (wo ein Teil der Skinheadfront wohnt) aufzutauchen und dort Infos zu verteilen, hat dementsprechend zu weniger Personalienfeststellungen geführt. Bei den anschließenden Outing-Aktionen von Nazikadern in Bochum kam es dagegen zu einem Großeinsatz der Polizei, der mit mehreren Festnahmen endete. Es bleibt die Erfahrung, dass konsequentes antifaschistisches Engagement in Dortmund und der Region nicht erwünscht ist. Auch deshalb ist unser Ziel, konkret gegen die Nazis vorzugehen, kaum realisiert worden.

Trotzdem sind auch hier Denkmuster aufgebrochen. Aktionen, die den Nazis ihren Raum streitig machen, waren möglich. Gleichzeitig wurde das Thema Sicherheit zu Recht als sehr wichtig eingeschätzt. Auch die Veranstaltungen in der Stadt wurden von der Infrastruktur des Camps aus geschützt, dennoch gab es viele Bedenken, während des Camps in der Stadt öffentlich angekündigte Veranstaltungen gegen Nazis zu machen – besonders an ungeschützten Räumen. Zusammenfassend haben wir den Eindruck, dass das Camp vielen in Dortmund etwas gebracht hat, denn die Veranstaltungen waren gut besucht.



Nachdem klar war, dass die Nazis am 1. September gar nicht in Dortmund marschieren durften, brach auch dieser Teil der bundesweiten Mobilisierung zusammen. Das war schade, aber nachvollziehbar. Für uns als weniger mit den Dortmunder Antifa-Strukturen vertraute Personen bleibt allerdings schwer nachvollziehbar, warum die vorhandenen Dortmunder Strukturen nach dem Verbot nicht in der Lage waren, sich einem gemeinsamen Demoaufruf des Antifacamps anzuschließen und zum Ende der Woche zusammen gegen das Campverbot auf die Straße zu gehen.

„Dortmund Nazifrei" sagte, sie wären ein Blockadebündnis, kein Demobündnis, „Alerta" sagte, keine gemeinsame Demo mit „Dortmund stellt sich quer" machen zu wollen, die wiederum sagten, sie kommen zu unserer Demo. Am Ende gab es drei Demonstrationen, wo eine gemeinsame ein wichtiges Zeichen angesichts der Nazistrukturen gewesen wäre. Für uns war das schockierend und wir fragen uns, wo und wann Bündnispolitik und Solidarität untereinander denn eigentlich stattfinden soll, wenn die Zustände in Dortmund mit mordenden Nazis und staatlicher Repression offensichtlich nicht zum minimalen Schulterschluss ausreichen.

War es für uns direkt nach dem Camp noch offen, ob die NRW-Naziszene weiterhin auf Dortmund setzt, nachdem sie für ihre Aktionstage in diesem Jahr nur mäßig mobilisieren konnte und auch das Verbot des „NW Dortmund" nicht zu einer Mobilisierung ihrerseits für ihren jährlichen Aufmarsch am 1. September gesorgt hat, hat sich das Bild in den vergangenen Wochen wieder gedreht: Hat die „Staats-Antifa" anscheinend vielen potentiellen Bündnispartnern in Dortmund und Region mit den Verboten des NW DO suggeriert, man könne sich beruhigt zurücklehnen, war der erste deutliche Hinweis, dass es weiter wie gehabt geht. Bereits am 3. September wurde das Mitglied der Skinheadfront Dortmund Dorstfeld Tim Gehrmann, der zusammen mit Sven und Jan Kalin sowie Dennis Becwar wegen rassistisch motivierter Körperverletzung an zwei Jugendlichen im November 2011 in U-Haft saß, entlassen. Der Mörder des Punks Thomas „Schmuddel" Schulz, Sven Kahlin wurde am 28. September, entlassen - absurderweise mit der Begründung, es gebe keine Wiederholungsgefahr. Und zwischendrin, am 19. September meldeten die regionalen Zeitungen, wie sich die militante Rechte reorganisiert: Sie gründeten in Dortmund den NRW Landesverband der im Mai 2012 von Christian Worch ins Leben gerufenenen Partei „Die Rechte". Vorsitzender wurde Dennis Giemsch, NW DO, bei dem es am 26.08. eine Outing-Aktion gegeben hatte. Am 10. November erklärte „Die Rechte", sie habe ein neues Zentrum, ein Parteibüro, in der Huckarder Straße 336 eröffnet. Dieses Mal wurde nicht gemietet, wie in der Rheinischen Straße, sondern das Ladenlokal wurde bereits im April dieses Jahres für 45.000 Euro gekauft. An Aktivitäten tritt der alte/neue NW DO insbesondere gegen Flüchtlingslager auf, vor denen Flugblätter verteilt werden. Für den 1. Mai 2013 haben die Nazis bereits eine Demonstration angemeldet. [infos: antifaunion.blogsport.de/]

Zu viel Antifa? Zu autonom?

Zurück zum Camp. Angesichts der geringen Teilnahme stellen wir fest, im Camp-Sommer waren zehn Tage anscheinend zu lang. Auch die geplante Vernetzung mit Antifastrukturen hat nicht funktioniert. Die Möglichkeit, gegen eine organisierte, gewalttätige Nazistruktur vorzugehen braucht von unserer Seite ebenfalls organisierte Strukturen. Deshalb bleiben für uns viele Fragen offen: Haben die vorbereitenden Strukturen zu sehr „zwischen den Stühlen gesessen"? War das Label autonom zu präsent für Antifastrukturen? War es zu wenig präsent für Autonome? Die wichtige aktuell laufende Antifa-Arbeit (Recherche, Kampagnen gegen Nazi-Treffpunkte etc.) sollte inhaltlich und praktisch ergänzt werden um andere Bereiche:

Wie mischen wir uns in soziale Kämpfe ein? Wie vernetzen wir uns besser mit antirassistischen Initiativen?

Wie schaffen wir es, das Themenfeld Antimilitarismus zu verankern?

Vielleicht hat aber gerade das Uneindeutige die jeweils klassischen Lager abgeschreckt? Hierzu steht im Widerspruch, dass das Camp von vielen recht eindeutig als Antifacamp wahrgenommen wurde und das der Grund war, warum sie nach Dortmund gefahren sind. Gleichzeitig wurde versucht, antirassistische Initiativen und antimilitaristische Aktivist_innen mit einzubeziehen, was nur mäßig funktioniert hat.

Wie weiter?

Das Ziel des Camps war neben den Aktionen auch der Versuch, sich neu oder wieder zu vernetzen. Heute fragen wir uns, gibt es das Bedürfnis und auch die Kapazität für eine bundesweite (Antifa-) Vernetzung überhaupt und wenn ja, an welchen Punkten und wie sollte diese stattfinden? Was ist eine strategisch angemessene Antwort auf den „NSU" und den ganzen Verfassungsschutz-Scheiß? Wo analysieren wir die populistischen Strategien der Nazis und diskutieren unsere Antworten darauf?

Darüber hinaus stellen wir uns die Frage, wie wir in Zukunft mit Campverboten umgehen, ein Problem, das auch das „War starts here-Camp" und die Blockupy-Proteste in Frankfurt in diesem Jahr betroffen hat. Die Bullen haben ziemlich klar, was sie verbieten und welche Proteste sie zulassen. Dem müssen wir uns stellen.

Es gibt viel zu diskutieren nach diesem Campsommer 2012, der in vielerlei Hinsicht nicht so erfolgreich war, wie wir es gern hätten. Nutzen wir die langen, kalten Abende...

Einige, die trotz allem nach Dortmund gefahren sind (Nov 2012)

Der folgende Text ist ein Diskussionsbeitrag vom einem internationalen anarchistischen Treffen, das vom 10.-13. November 2012 in Zürich in der Schweiz stattfand. Bei dem Treffen sind Anarchisten_innen mit aufständischen Ideen auf informeller Basis zusammengekommen. Der Text ist speziell im Kontext der in Deutschland laufenden Debatte im Zusammenhang der Vulkan-Ausbrüche, Angriffen auf Infrastruktur, interessant. Unser Meinung nach stellt der Text wichtige Fragen.

Vom Kurzschluss zum sozialen Blackout

Die Strukturen der Herrschaft und der Ausbeutung bleiben nicht immer gleich. Sie ändern sich und verwandeln sich im Laufe der Geschichte, aus Gründen, die an ihren Hang zur Selbsterhaltung gebunden sind und folglich in direkter und unleugbarer Beziehung mit der sozialen Konfliktualität stehen. Wenn man bis in die 70er Jahre starke Spannungen und bedeutende Turbulenzen im produktiven Bereich wahrnehmen konnte, die sich logischerweise auf dem Gebiet der grossen Fabriken konzentrierten, oder zumindest mit allen Blicken dahin gerichtet, so scheint sich die Konfliktualität heute, im alten Europa, in andere Bereiche „verschoben" zu haben. Was nicht daran hindert, dass die Ausbeutung fortdauert, bei der Arbeit sowie anderswo, sicherlich aber auf andere Weise als zuvor, sicherlich auf „dezentralisiertere" Weise, sicherlich besser gegen die eventuellen Infragestellungen aus dem „Innern" geschützt.

Heute geht es im Grunde darum, die Analyse der Strukturen der Macht und der Ausbeutung weiterzuführen, sie zu aktualisieren und zu vertiefen. Die alten Modelle wurden bereits verlassen, auch wenn es noch immer Leute gibt, die weiterhin an die Konstituierung des „Proletariats" als Kraft und an seine Bekräftigung innerhalb der produktiven Sphäre glauben. Eine solche „neue" Analyse wurde bereits vor einigen Jahrzehnten in Angriff genommen, heute aber scheint es, dass sich ein zusätzlicher Schritt aufdrängt.

Die Grundlage der Ausbeutung, oder besser, ihrer Selbsterhaltung, liegt in der sozialen Reproduktion. Es gibt nicht nur die offensichtliche Suche nach Macht und Akkumulation, auch die Konflikte, die im Innern ihrer Logik untergebracht sind, reproduzieren die Ordnung der Dinge. Festzustellen ist, dass der Arbeiter die Ausbeutung produziert und dass die Ausbeutung den Arbeiter reproduziert. Ebenso wie der Bürger die Macht produziert und die Macht den Bürger reproduziert. Die Möglichkeiten, um diesen Teufelskreis zu durchbrechen, befinden sich nicht mehr da, wo die alten Bücher der revolutionären Bewegung sie verorteten, und auch nicht in einer neuen Version eines langsamen und endlosen Prozesses der Bewusstwerdung, sondern anderswo. Und es ist dieses aufständische Anderswo, das wir analysieren und ausprobieren müssen.

Die Ausbeutung und folglich die soziale Reproduktion folgen nicht mehr konzentrationshaften Linien, wie sie es in der Vergangenheit tun konnten. Die grossen Industriekomplexe mit ihrer Kreierung von Arbeitern, die fähig sind, sich untereinander wiederzuerkennen, sind vorbei; die grossen Kampfverbände, die fähig sind, tausende Leute zu begeistern und zu mobilisieren, sind vorbei. Die Ausbeutung hat sich heute so sehr diversifiziert und dezentralisiert, dass sie das Aufkommen eines kollektiven Subjektes, eines „Proletariats" verunmöglicht, selbstverständlich ohne dass dies bedeutet, dass es keine „Proletarier" mehr gäbe. Die Ausbeutung strebt es nicht mehr an, sich in einer grossen Struktur zu konzentrieren, sondern, auf dem ganzen Gebiet kleine Strukturen zu verstreuen, die alle durch Energie- und Kommunikationsnetze verbunden sind, welche die Produktion unter ständigem Fluss und eine dichte Reproduktion der Herrschaft ermöglichen. Wenn die heutige Gesellschaft einem grossen Gefängnis unter offenem Himmel gleicht, dann wären seine Stacheldrähte aus Glasfaser und seine Wachtürme wären vielmehr Kommunikationsantennen. Wenn wir diese Entwicklung unterstreichen, dann nicht aus blosser Neugierde und Lust daran, zu verstehen, wieso die soziale Konfliktualität heute nicht mehr dem alten, gut geordneten Schema des Klassenkampfes zwischen Proletariat und Bourgeoisie folgt, den beiden gut indentifizierbaren Blöcken, die sich um eine Festung streiten, sondern, um Wege der Intervention zu entdecken, Punkte, an denen es möglich ist, die Ausbeutung, und somit die soziale Reproduktion, anzugreifen. Diese Wege finden sich unserer Meinung nach unter anderem in den Infrastrukturen, von denen die Wirtschaft und die Macht abhängig sind. Diese dezentralisierte und höchst komplex gewordene Infrastruktur hat die neuen Formen der Ausbeutung ermöglicht (es genügt, in der Logik der Flexibilisierung der Arbeit an die heutige Notwendigkeit zu denken, in



jedem Moment per Mobiltelefon erreichbar zu sein), und in ihr ist es folglich, wo die Ausbeutung von heute angegriffen werden kann. Die Glasfaserkabel, die Transportnetze, die Energieversorgung, die Kommunikationsinfrastrukturen wie die Mobilfunkantennen: dies ist ein ganzer Interventionsbereich, der aufgrund seiner Natur unkontrollierbar ist, in dem es kein Zentrum mehr gibt, dass es zu erobern gilt, und keine Position mehr gibt, die es zu halten gilt, in dem die Dezentralisierung, durch die Logik der Dinge, eine dezentralisierte, informelle, aus kleinen Gruppen bestehende, auf den Angriff abzielende Organisation impliziert. Viele Personen haben die Verletzlichkeit dieser Infrastrukturen aufgezeigt, aber es gibt noch viel Klärungs- und Aufzeigearbeit zu machen. Man könnte nur schon damit beginnen, die praktischen Ratschläge zu empfangen und zu vertiefen, die aus der zeitgenössischen Konfliktualität stammen. Anstatt sich auf die Konfrontationen mit der Polizei zu fokussieren, würde man besser daran tun, zu betrachten, wie in gewissen Aufruhren in den Metropolen und ihren Peripherien die Infrastruktur angegriffen wird: Sabotage der öffentlichen Beleuchtung, Brandstiftungen von Generatoren und Elektrotransformatoren, Sabotagen der Transportachsen der Eisenbahn oder des öffentlichen Verkehrsnetzes. Eine aktuelle Analyse der Metropole könnte beispielsweise die Wichtigkeit der Transporte (von Menschen, von Waren, von Informationen) nicht unbeachtet lassen. Aber die Aufklärungsarbeit kann sich nicht darauf beschränken. Wir brauchen präzise Angaben, präzise Analysen und präzise technische Kenntnisse.

Selbstverständlich hat die Möglichkeit und die Notwendigkeit des verstreuten Angriffs gegen die Infrastrukturen der Macht wenig Sinn, wenn sie nicht in eine breitere Projektualität eingeschrieben ist. Auch wenn es bestimmt immer gut und angebracht ist, zu sabotieren, darf man nicht vergessen, dass es bei allem ein Vorher, ein Während und ein Nachher gibt. Wenn Brüche in der Normalität, in der sozialen Reproduktion, Möglichkeiten bieten, dann müssen diese bereits im Voraus erdacht werden. Was tun im Falle einer Kappung der Elektrizität? Was tun, wenn die öffentlichen Transportmittel nicht mehr funktionieren und inmitten einer Stadt ein unglaubliches Chaos erzeugen? Abgesehen davon, dürfte diese ganze Frage der Infrastruktur nicht als etwas betrachtet werden, das von den anderen Konfrontationsbereichen getrennt ist. Sie kann freilich in jedes beliebige Kampfprojekt integriert werden. Wenn die Konfliktualität heute uneinheitlich und verstreut ist, ohne ein „zentrales" Terrain, dann geht es nicht darum, wieder eine Zentralität zu finden oder zu konstruieren, die die verstreuten Feindlichkeiten in einem einzigen revolutionären Projekt vereinigen würde, sondern darum, zwischen den verschiedenen Konfliktualitäten Brücken aufzubauen und zu schlagen. Ein präziser Angriff gegen die Infrastrukturen hat beispielsweise immer Konsequenzen, die breiter sind als ein Aspekt der Macht. In einem Aufruhr die Beleuchtung eines Viertels zu kappen, ist nicht nur eine Frage davon, die Vorstosse der Ordnungskräfte zu erschweren, sondern wird Echos haben, die weit über jede technische Erwägung des Moments hinausgehen. Man lebt nicht gleich, wenn es dunkel ist. Dieser Aspekt ist noch viel eklatanter im Bezug auf das Energienetz; wo die Konsequenzen oft weit über das erste, vorgestellte Ziel hinausgehen werden. Zweitens geht es nicht darum, diese Überlegungen und Vorschläge als Vorwände für eine grosse Technikerverschwörung zu nehmen, die die Städte ins Dunkel, oder vielmehr, wie es heute der Fall wäre, in ein Informations- und Kommunikations-Blackout tauchen würde. Was es auszuarbeiten gilt, das sind Projektualitäten, und seien es auch bescheidene, die diese Angriffsmöglichkeit all jenen aufzeigen, die auf einer radikalen Grundlage kämpfen wollen, und somit nicht nur den Revolutionären. Die Frage auf eine militaristische Weise anzugehen, erneut die Zentralisierung gegenüber der Verstreuung zu preisen, über alles in Sachen „Effizienz" nachzudenken, zeugt davon, von dem, was gesagt wurde, rein gar nichts verstanden zu haben. Was heute „neu" ist, das ist beispielsweise nicht die Möglichkeit, eine Elektrozentrale in Angriff zu nehmen, um die Stadt ins Dunkel zu tauchen, sondern die Möglichkeit, überall das integrierte und verstreute Stromnetzwerk in Angriff zu nehmen. Diese Möglichkeit erfordert keine grossen Organisationen, und auch keine Formalisierungen der subversiven Spannung, sie ermöglicht direkte, einfache und leicht zu reproduzierende Angriffe.

Wenn es stimmt, dass die Stabilität der etablierten Ordnung seit einigen Jahren am bröckeln ist, wenn es stimmt, dass das Verschwinden der alten Kampfmodelle und der Vermittlungsorganisationen von neuen Formen der sozialen Konfliktualität gefolgt wird, die viel weniger kontrollierbar und viel wilder sind, dann müssten wir unsere theoretische und praktische Aufmerksamkeit auf das richten, was dazu beitragen könnte, diesen unkontrollierbaren Sumpf auszuweiten. In diesem Sumpf kann uns nichts garantieren, dass es die anarchistischen Ideen und die Freiheit sein werden, die den Sieg davon tragen, was aber sicher ist, das ist, dass er für diese Wünsche bereits einen viel fruchtbareren Boden bietet. Einige Untergraber des sozialen Gebäudes

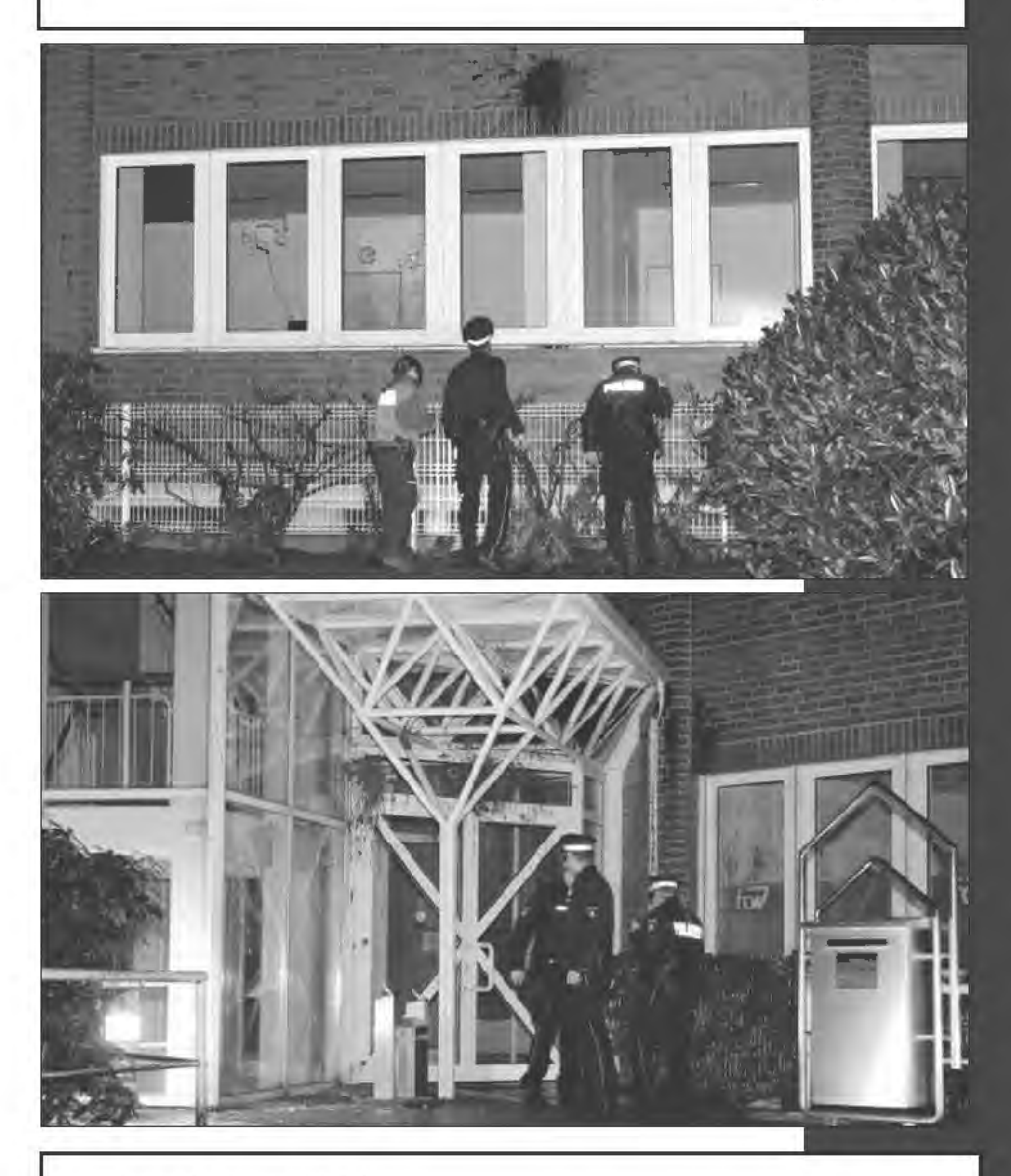


Hamburg, 16.Dezember 2012

Steine und Farbe gegen das Amtsgericht Barmbek

Beide Eingänge des Gerichtsgebäudes sowie die Rotklinker-Fassade wurden bei dem Anschlag mit roter und schwarzer Farbe verdreckt. Die Farbe war nach ersten Erkenntnissen der Polizei zuvor vermutlich in Marmeladengläsern und Christbaumkugeln abgefüllt worden.
Zudem gingen mehrere Scheiben durch Pflastersteine zu Bruch.

Quelle: Presse



Hamburg, 14. November 2012

Griechenland, Portugal, Spanien...

Süd-Europa streikt am 14. November. Auch wenn es nicht überall zu einem tatsächlichen Generalstreik kommt, ist eines klar zu erkennen: Die Wut-Ausbrüche werden mehr und selbst in Ländern wie Portugal, in denen es sonst vergleichsweise ruhig bleibt, kommt es zu Zusammenstößen mit den Bullen. An vielen Orten in Nord-Europa gibt es Solidarität. In Hamburg wurden in den Nächten um den Streik Banken in der ganzen Stadt angegriffen. Wer glaubt die Krise schwächt den Kapitalismus, dieses System, wartet für immer! Es reicht schon lange, greifen wir an!

Hamburg, 21. November 2012

Polizeigewerkschafft angegriffen

"Wie in der Presse, sowie in der Hamburger Innenstadt zu sehen war, wurde die Bullengewerkschaft mit Farbe angegriffen. Gründe gibt es zu viele um über das aktuelle warum zu spekulieren.
Jedoch gab es (wie das Ober-Bullen-Gewerkschaftsschwein Lenders selbst vermutet) einen Tage zuvor eine Demonstration der Bullengewerkschaften in Hamburg, die für einigen Unmut gesorgt haben sollte. Das Bullen sich jetzt schon als Opfer der Verhältnisse sehen ist nicht hinzunehmen! Der Kampf gegen die Autoritäten ist der einzige Weg Richtung eines freihen Lebens!"

Quelle: https://directactionde.ucrony.net





Hamburg, 07. November 2012

„Nein" sagen reicht (uns) nicht!

Wir haben am 07.11.2012 mit Blick auf die Mietenstopp-Demos im November u.a. in Hamburg, Berlin und Freiburg auf der Baustelle des „Energiebunkers" in der Neuhöferstraße in HH-Wilhelmsburg ein Baufahrzeug in Flammen aufgehen lassen.

Die Realisierung des „Energiebunkers" ist eines der zahlreichen großspurigen Projekte der 2013 stattfindenden Internationalen Bauaustellung Hamburg (IBA), hier im Denkmantel einer „sauberen" Energieerzeugung. Die IBA und alle die im Zuge dieser geplanten Bauprojekte entpuppen sich bei genauerer Betrachtung als Teile eines sogenannten Aufwertungsprozesses von Wilhelmsburg, sprich dieser Stadtteil soll nun auch attraktiv werden für zahlungskräftige Konsument_innen, Mieter_innen, Geschäftsleute und Unternehmen. Gleichzeitig werden einkommensschwache und unliebsame Menschen aus ihrem Wohn- und Lebensumfeld verdrängt. Dies sind Folgen einer kapitalistischen Städtekonzeption. Dadurch entwickeln sich die kapitalistischen Städte immer mehr zum umkämpften Gebiet und wir verorten uns in diesem Kampf auf der Seite der Unterdrückten, der Ausgebeuteten und der durch die rassistische und klassistische Verdrängung betroffenen oder davon bedrohten Menschen.

Dafür haben wir das Mittel der Sabotage gewählt und somit für etwas Entschleunigung im Arbeitsalltag der IBA gesorgt. Denn nur „Nein" zu sagen im Kampf gegen die IBA und sogenannte Aufwertungsprozesse reicht (uns) nicht! Wir wollen in eine Offensive übergehen, in der wir versuchen der kapitalistischen Verwertung und Zurichtung von allen Lebewesen, Raum und Zeit Steine in den Weg zu legen. Wir verstehen diese Aktion sowohl als Botschaft an die IBA-Verantwortlichen, dass sie sich die Hände verbrennen bei ihrem Vorhaben.....als auch als Botschaft an alle, die sich individuell oder kollektiv zur Wehr setzen oder verweigern bloßer Statist zu sein, sei es durch Fahren ohne Ticket, Ladendiebstahl, Graffiti, Lohnarbeitsverweigerung oder direkte Aktionen gegen Symbole, Orte und Verantwortliche für die Beschneidung und Zerstörung unserer Leben!

Wir wollen eine Welt, in der wir leben können wie und wo wir wollen, und in der wir uns alle frei bewegen können!

Mit Feuer und Flamme für selbstbestimmtes Wohnen und Leben!

Im antinuklearen Rückspiegel: das Jahr 2012

Gefühlt war 2012 das Jahr danach. Das Jahr nach den bislang heftigsten Auseinandersetzungen um einen Castortransport nach Gorleben,das Jahr also, in dem kein Castor kam.

Doch mit Ende des vorläufig letzten Bewegungszyklus der Anti-Castor-Bewegung hört die Geschichte nicht auf. 2012 war auch ein Jahr in dem sich neue AkteuerInnen in Bewegung setzten und bislang wenig beachtete Aktionsfelder in den Vordergrund traten. Besonders die MOX- Transporte plutoniumhaltiger Brennelemente von der britischen WAA Selafield ins AKW Grohnde brachte viele neuue Menschen auf die Straße und führte zu gehörigem Wirbel im Umfeld des bislang fast unbehelligten AKW bei Hameln.

Und auch in Nordenhamm fanden zum ersten Mal größere Proteste statt. Beim Zweiten Transport mussten die Spezialtrucks auf Grund von Blockaden gar durch den Hinterausgang des Anlegers fahren und wurden in Grohnde von mehreren hundert Menschen, Treckerblockaden und Ankettaktionen empfangen. Auf dem Weg dorthin waren mehr als 1500 Beamte damit beschäftigt die A27 und A2 Streckenweise abzusperren. Besonders positiv war dabei das sich sowohl der Kreis der Menschen verbreitert hatte die zu den Aktionen fuhren. In Nordenhamm beispielsweise war die Polizei zeitweise davon überfordert, dass sich beim zweiten Transport gut die Hälfte der AktivistInnen nicht mehr zu einer angemeldeten Sitzblockade begeben wollten, sondern durchaus bereit waren, sich gegen eine eilig aufgestellte Polizeikette durchzusetzen um auf die Transportstrecke zu gelangen.

Auch die im Herbst noch wackeligen Strukturen konnten sich in der Mobilisierung und den Aktionen zum zweiten Transport festigen. So gab es in Grohnde beim zweiten Mal ein Camp, eine Schlafplatzbörse und ein wesentlich ausgefeilteres Aktionskonzept, an dem sich auch zahlreiche Traktoren aus dem Wendland beteiligten.

Von einem Ersatz für die Castortransporte kann zwar noch nicht die rede sein, aber ähnlich wie bei den WAA Transporten bis 2005 haben die MOX-Transporte das Potential zumindest regional von Bedeutung zu sein. Vor allem aber waren sie ein e Möglichkeit Aktionen gegen ein laufendes AKW zu machen. Bislang war mensch nie über Menschenketten und Schichtwechselblokkaden hinaus gekommen.

Neben den Transporten von Brennelementen gab es in NRW massiven Protest gegen die Urananreicherungsanlage in Gronau. Mitte des Jahres gelang es einigen AktivistInnen gar einen Schienen-Transport nach Frankreich nach wenigen hundert Metern zur Umkehr zu zwingen. Auch wenn dieser Widerstand überregional kaum zur Kenntnis genommen wurde, spielt er regional eine erhebliche Rolle, und dies ist um so wichtiger da mit den Atomanlagen in Lingen und Gronau zwei Atomanlagen florieren, die uns voraussichtlich auch nach 2020 noch beschäftigen werden, da sie vor allem für den Weltmarkt produzieren.

Neben den Aktionen gegen Atomtransporte aller Art fanden die atompolitischen Auseinandersetzungen vor allem um die beiden Atommüllendlager Projekte Gorleben und Asse statt. In beiden Fällen findet ein zähes Ringen darum statt, das sich die Atomindustrie und ihre Parteien endlich des garstigen Atommülls entledigen wollen, in der Öffentlichkeit ihre beiden bevorzugten aber nicht mehr vermittelbar sind. In der Asse wird im Hintergrund vor allem auf Zeit gespielt, um die Leidigen Fässer, so sie sich nicht schon längst aufgelöst haben nicht aus dem Salz pulen zu müssen. Dies würde wahrscheinlich einiges ans Tageslicht befördern was die Atomindustrie gerne verbuddelt und begraben sehen möchte. Schon im Asse Untersuchungsausschuss tauchten ständig neue Ungereimtheiten auf, von denen die Tatsache das sich im Berg wesentlich mehr Plutonium befindet als ursprünglich dokumentiert, nur die absurdeste ist. Zwar reden alle Akteure davon den Müll zurück zu holen, doch die Option der Flutung wird immer noch aufrecht erhalten. Alleine die Suche nach dem ersten Schacht der versuchsweise angebohrt werden sollte zog sich über ein halbes Jahr hin, da sich der Hohlraum mittlerweile um über 2m verschoben hatte, was den Endlagerspezialisten leider entgangen war.

Angesichts des so offensichtlich gescheiterten Versuches in Salz endzulagern, ist es bemerkenswert wie hartnäckig die Bundesregierung an der Option Gorleben fest hält. Mittlerweile scheint das Image des Standortes derart ramponiert, dass sich die CDU gezwungen sah einen Erkundungsstopp bis zu den Bundestagswahlen zu erlassen. Hinter den Kulissen wird jedoch alles dafür getan Gorleben weiterhin im Endlager-Such-Verfahren zu belassen, um an einem späteren Zeitpunkt zu behaupten mensch hätte leider doch keinen besseren Standort gefunden. Die BI-Lüchow-Dannenberg spricht daher von einem Endlagerfindungsgesetzt, wobei bereits heute klar ist was gefunden werden soll.

Beide Themen, Atomtransporte und das Ringen um die Endlagerprojekte werden auch 2013 auf der Tagesordnung stehen, und es wird gerade bei den Endlagern wichtig sein, zu verhindern das Endgültige Entscheidungen von Seiten der Atomindustrie und ihrer Parteien durchgesetzt werden können.

Im globalen Kontext findet die Auseinandersetzung um den Betrieb von Atomanlagen jedoch an anderen Orten statt, und die Bewegung in Deutschland täte gut daran sich einmal fragend dorthin zu wenden. Die größten Demonstrationen fanden mit mehr als 100.000. Menschen in Japan statt, wo die gesellschaftlichen Folgen und politischen Umwälzungen durch den GAU in Fukushima viel tiefgreifender sind als in Deutschland meist zur Kenntnis genommen wird. Über viele Wochen hinweg haben tausende Menschen wöchentlich vor dem Amtssitz des Premierministers demonstriert – eine Situation die es so noch nie in Japan gab.
Bei den Veranstaltungen zum zweiten Jahrestag des Mehrfach-Gaus von Fukushima könnte es sehr lehrreich sein sich von diesen Bewegungserfahrungen aus Japan berichten zu lassen. Die massivsten Auseinandersetzungen fanden 2012 um das AKW Kudankulam in Indien statt. Mehr als 20.000 Menschen stürmten und besetzten den Bauplatz des dort geplanten AKW. Bei der brutalen Räumung des Platzes wurde ein Aktivist von der Polizei getötet. Neben China ist Indien aktuell das Land in dem die

meisten Kraftwerksneubauten geplant sind, um so wichtiger also das es gerade dort Widerstand gegen die Atomindustrie gibt. 2013 stellt sich daher auch die Frage wie Solidarität mit dem Widerstand in Indien aussehen kann, und sei es sich zunächst einmal überhaupt mit indischen AktivistInnen auszutauschen und ihren Protest hier sichtbar zu machen.

Normalbetrieb

In 2012 wurden zwei AKW neu in Betrieb genommen: Shin-Wolsong-1 (27.01.) und Shin-Kori-2 (28.01.), beide in Südkorea. Drei Reaktoren wurden stillgelegt: Oldbury-A1 (29.02.) und Wylfa 2 (25.04.), beide in England; sowie Santa Maria de Gorona am 16.12. in Spanien. Zwei kanadischen Reaktoren am Standort Bruce wurden aus einem "Long-Term-Shutdown" wieder in Betrieb genommen (Block 1: 16.10.1997 – 19.09.2012, Block 2: 08.10.1995 – 16.10.2012). Von einem Ende der Atomkraft kann im globalen Kontext also ebenso wenig die Rede sein wie von einer Renaissance.

10.12.12
Rivne (Ukraine): Nachdem sich der Wasserstand in einem Dampferzeuger abgesenkt hatte, seien die Pumpen des Primärkühlkreislaufes ausgefallen. Es kam zu einer automatischen Notabschaltung des Reaktors und die Notkühlsysteme wurden aktiviert. Der Störfall wurde in die Kategorie INES 1 eingestuft. (Quelle: Contratom)

4.12.12
Vandellos II (Spanien): Ventile, die sich zwischen Messinstrumenten und Rohren unterschiedlicher Sicherheitssystemen befinden, waren nicht vollständig geschlossen worden. Auch dieser Störfall wurde der Kategorie INES 1 zugeordnet. (Quelle: Contratom)

28.11.12
Asco (Spanien): Genau fünf Jahre nach einem schweren Störfall meldet das spanische Atomkraftwerk Asco den "Verlust" von Atommüll. Mehr als 200 radioaktive Gegenstände seien verloren gegangen. (Quelle: Contratom)



HH: Kundgebung für Genoss_innen in Athen

Am 24.12.12 versammelten sich rund 40 Aktivist_innen aus Kiel, dem schleswig - holsteinischen Umland und Hamburg vor dem griechischen Generalkonsulat um für die Freilassung der acht in Athen, nach einer Razzia der „Villa Amalias" Festgenommenen zu demonstrieren. Zeitgleich wurde vor einem Athener Gericht über eine Verlängerung der U-Haft der gefangenen Genoss_innen geurteilt.

Anlass der Kundgebung ist eine Razzia des seit 22 Jahren in Athen besetzten Hauses "Villa Amalias" von Spezialeinheiten der griechischen Polizei in den Morgenstunden des 20.12.2012. Alle sich zu der Zeit im Haus befindlichen acht Personen wurden festgenommen und ins Athener Zentralgefängnis gebracht. Unter den Inhaftierten befinden sich auch zwei Genoss_innen aus Kiel/Deutschland.

Gegen 11.00 Uhr fanden sich die Anwesenden zu einer Kundgebung auf der Straße vor dem Konsulat zusammen. Es wurde ein Redebeitrag, welcher den Hintergrund der seit 22 Jahren in Athen besetzten „Villa Amalias" und den politischen Zusammenhang der Razzia, den aktuellen Gesetzesverschärfungen und den Auswirkungen der EU - Krisenpolitik darstellte, verlesen. Außerdem konnten die Genoss_innen, interessierte Passant_innen und hoffentlich auch die Mitarbeiter_innen des Konsulats einer verlesenen Stellungnahme der Aktivist_innen der „Villa Amalias" zu der Durchsuchungsaktion im Kontext der sozialen Kämpfe lauschen. Und um sicher zu stellen, dass das Anliegen der Kundgebung nicht an den Außenwänden des Konsulats abprallt begab sich eine Delegation ins Innere des Gebäudes und übergaben den anwesenden Mitarbeiter_innen das Flugblatt, welches um die Kundegebung herum verteilt wurde.
Die Aktion verlief so reibungslos, dass sich die Anwesenden spontan entschlossen im Anschluss an die Kundgebung ihre Wut und ihre Solidaritätsbekundungen mit den Gefangenen nicht nur dem Generalkonsulat sondern auch den Last-Minute-Einkäufer_innen in der Hamburger Fußgängerzone zugänglich zu machen und zogen mit Transpis, Megaphon und Parolen rufender Weise als Spontandemo durch die Shoppingmeile.

Sehr erfreulich ist die Nachricht, die uns gegen 15.00 Uhr erreicht hat, dass mittlerweile alle acht Gefangene aus dem Knast freigelassen wurden.
Da zu aktueller Stunde noch unklar ist ob und in welcher Form noch Anklage erhoben wird bleibt aufmerksam und checkt die bekannten Seiten.

Wir hoffen mit der Kundgebung ein kraft gebendes Zeichen der Solidarität an unsere zwei Freund_innen aus Kiel, die weiteren sechs Genoss_innen sowie den kämpfenden Genoss_innen in Athen gesendet zu haben!

Keep your hands away from our squats and comrads!
Solidarität mit der „Villa Amalias" und den sozialen Kämpfen in Griechenland und überall!


ALTONA BAHNHOF
Armbruster

Flora Temine im Januar

Do, 03.01., 19 Uhr
Intro-Veranstaltungsreihe
Wertkritik

Fr, 04.01., 21 Uhr
Konzert
+ SONIC BOOZE MACHINE (Stoner/Doom aus Berlin)
+ ANDROID EMPIRE (Instrumental Metal aus Berlin)
+ ORANGE SWAN (Post-Rock aus Mülheim/Duisburg)

So, 06.01.
HC-Konzert

Sa, 12.01., 23 Uhr
Soli für Fluchtkosten für syrische Flüchtlinge

Do, 17.01., 23 Uhr
Party
Techno
SubspAce

Sa, 19.01., 19 Uhr
„Tick Tick Boom - die Zeckenrap Gala"
HipHop Soli für Repressionen in Tostedt
mit Soolcee, Kobitu, Refpolk, Neonschwarz, PyroOne, Radical Hype, Kurzer Prozess, DJs

Fr, 25.01., 21 Uhr
HC/Punk-Konzert
F-Minus-Shows
Daggers (Noise/HC)
This Routine Is Hell (HC/Punk)

Regelmässige Termine in der Flora

Montag:
Kochsession veganes Essen ab 19 Uhr (Essen ab 21 Uhr) - Offene Motorradwerkstatt - schrauben und klönen ab 17 Uhr
Fahrrad Selbsthilfe Werkstatt 18.30 -21 Uhr - Archiv der Sozialen Bewegungen 15 - 20 Uhr (Tel. 433007) -
Flora Baugruppe 19 Uhr im Bauraum
Dienstag: Dubcafé 19 - 23 Uhr
Mittwoch: artcafé - Café wie es euch gefällt ab 20 Uhr
Donnerstag: Kochkollektiv veganes Essen ab 19 Uhr
Jeden 15. im Monat Autonome VV 19.30 Uhr